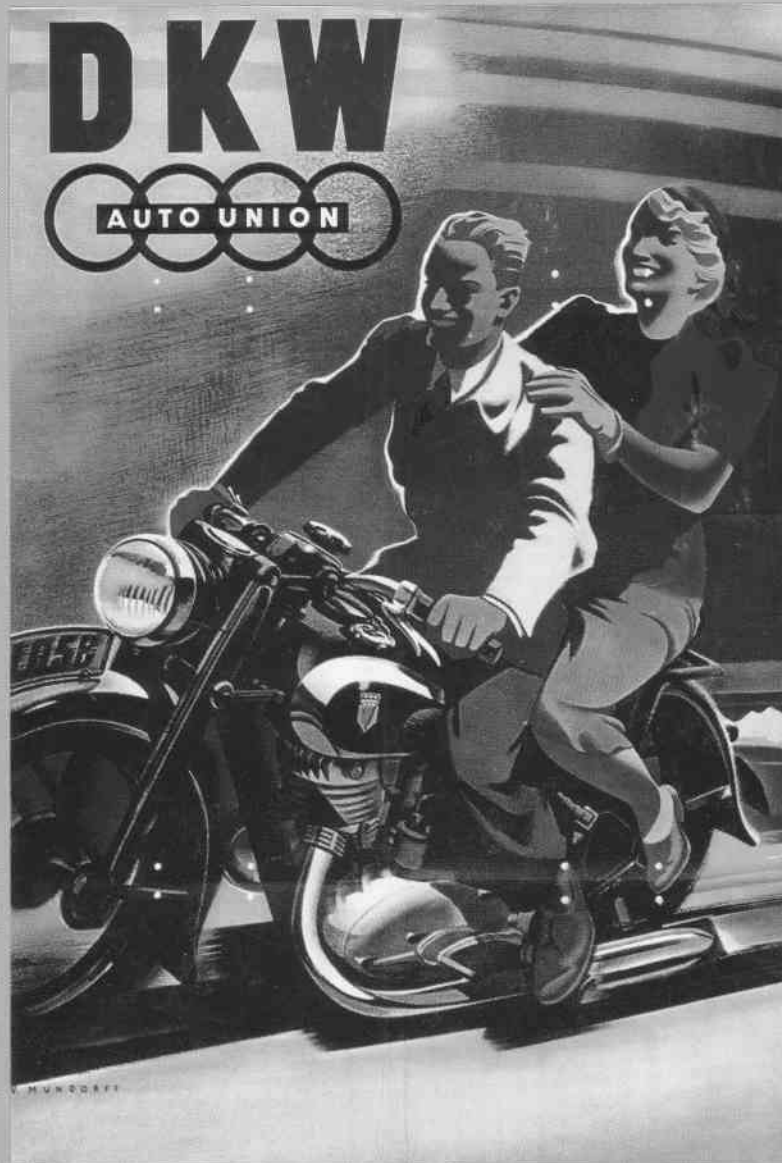


Sächsisches Archivblatt

Heft 2/1999



Freistaat  Sachsen

Staatsministerium des Innern

„Sächsisches Archivblatt 2/1999“

Mitteilungen der Sächsischen Archivverwaltung

- Herausgeber:** Sächsisches Staatsministerium des Innern, Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden, Tel.: (0351) 564-3646, Fax: (0351) 564-3609
- Schriftleitung und Redaktion:** Dr. Hans-Christian Herrmann (Sächsisches Staatsministerium des Innern)
- Redaktionsbeirat:** Dr. Hans-Christian Herrmann (Sächsisches Staatsministerium des Innern), Dr. Hans Brichzin (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden), Dr. Lutz Sartor (Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz), Martina Wermes (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig), Dr. Uwe Grandke (Sächsisches Bergarchiv Freiberg)
- Erstellung der Druckvorlage:** Dr. Hans-Christian Herrmann, Yvonne Gerlach (Sächsisches Staatsministerium des Innern)
- Umschlaggestaltung:** Agentur mädlerwerbung GmbH, Lautau
- Titelfoto:** Werbeplakat DKW/Auto Union, Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Bestand Auto Union AG Chemnitz, Nr. 2147
- Druck:** Druckerei JVA Waldheim
- Bezug:** Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Archivstraße 14, 01097 Dresden;
Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Schulstraße 38, 09125 Chemnitz;
Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Schongauerstraße 1, 04329 Leipzig;
Sächsisches Bergarchiv Freiberg, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg

Das Sächsische Archivblatt erscheint halbjährlich und wird kostenlos abgegeben.

Vervielfältigung mit Quellenangabe gestattet

Verteilerhinweis:

Das Sächsische Archivblatt wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Das Archivblatt darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor der Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wählerversammlungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung der Mitglieder zu verwenden.

Der Freistaat Sachsen ist im Internet vertreten: <http://www.sachsen.de>

Auf den Spuren deutscher und sächsischer Automobilgeschichte Erschließungsprojekt „Auto Union AG Chemnitz“

In Zusammenarbeit mit der Technischen Universität (TU) Chemnitz und mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung der Ingolstädter Audi AG wird seit Anfang 1998 im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz das Schriftgut der ehemaligen Auto Union AG neu erschlossen.

Es ist bislang durch wenig brauchbare Karteien nur unzureichend nutzbar und verteilt sich auf mehrere Mischfonds.

Ziel des auf die Dauer von zwei Jahren angelegten Projektes ist es, den 230 Regalmeter umfassenden Bestand provenienzzgerecht zu ordnen und durch Findbücher zugänglich zu machen, die archivfachlichen Ansprüchen genügen. Nachdem die Neuordnung und Neuverzeichnung abgeschlossen sind, geht die Findbucherstellung voran.

Mit der Verstaatlichung der Wirtschaft in der DDR gelangten auch die Unterlagen der Auto Union in die Staatsarchive. Leider konnten sie bis heute, wie andere Wirtschaftsbestände auch, angesichts begrenzter Ressourcen nur unzureichend erschlossen werden.

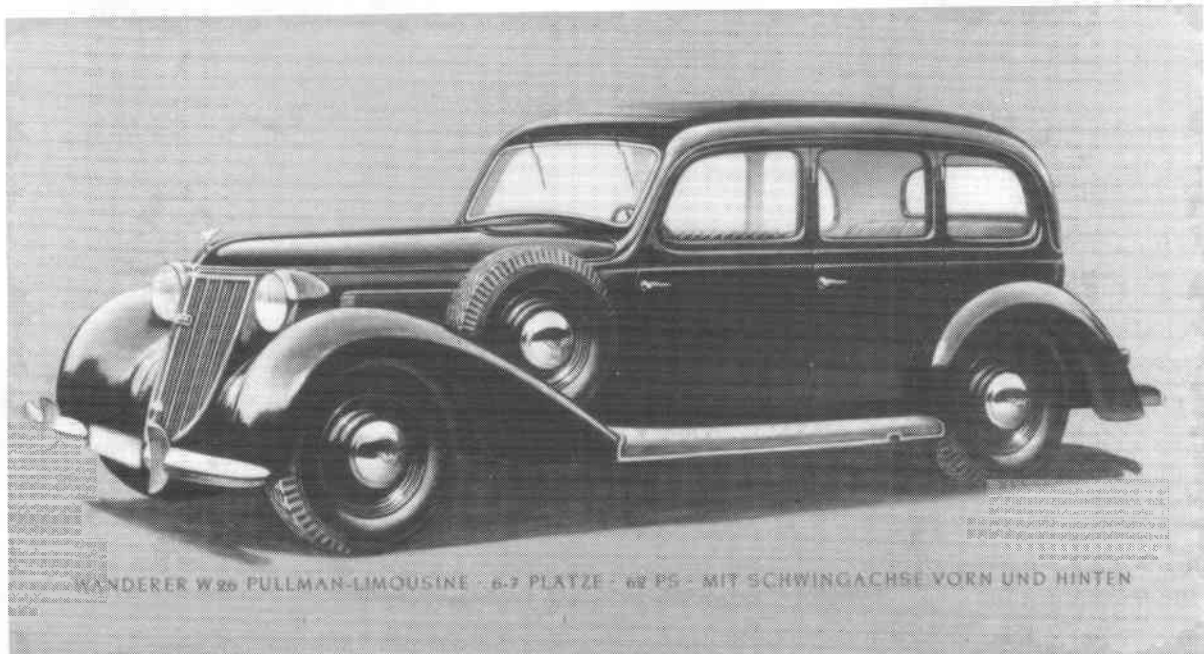
Die Erschließung des Bestandes im Wege

der Drittmittelförderung hat archivpolitischen „Modellstatus“, der jedoch nicht ohne weiteres übertragbar ist, denn Förderer ist im konkreten Fall ein ebenso finanzkräftiges wie vor allem traditionsbewusstes Nachfolgeunternehmen.

Die Federführung für das Projekt seitens der TU Chemnitz und des dortigen Lehrstuhlinhabers für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Prof. Dr. Rudolf Boch, unterstreicht die Relevanz des Bestandes für die Forschung.

Die Verwirklichung individueller Massensmobilität durch das Automobil und damit die Geschichte der Automobilindustrie hat sich seit der Mitte der 80er Jahre zu einem Schwerpunkt der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichtsforschung entwickelt. Leider bestehen für die Anfänge infolge unzureichender Archivpflege und Kriegseinwirkungen erhebliche Überlieferungslücken.

Abb.: Schon damals ein Luxusauto, heute ein begehrtes Sammlerstück. Wanderer W 26 Pullmann Limousine, Modell 1939, 62 PS aus 2,6 Liter Hubraum, hergestellt im sächsischen Siegmars, StAC, Auto Union AG, Nr. 1454, Modellprospekt Wanderer-Sechszylinder 1939.



Daher ist der Bestand Auto Union AG besonders wertvoll für die Erforschung der deutschen Automobilindustrie. Er ist der umfangreichste noch erhaltene Archivbestand eines deutschen Automobilunternehmens aus der Vorkriegszeit.

Bei der Auto Union AG, dem seinerzeit bedeutendsten sächsischen Industrieunternehmen, handelt es sich nicht um „irgendeine“ Automobilfirma. Ihre Firmengeschichte ist vielmehr nahezu idealtypisch für die krisenhafte Entwicklung der deutschen Automobilindustrie seit der Mitte der 20er Jahre, ihren durch Subventionen, Volksmotorisierungspropaganda und Rüstungsprogramme geebneten Aufstieg in der Zeit des Dritten Reichs und ihre Einbindung in die Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkrieges. Die infolge „fehlgeleiteter Rationalisierung“ und der Weltwirtschaftskrise schwer angeschlagenen sächsischen Traditionsfirmen Zschopauer Motorenwerke J. S. Rasmussen AG, Audi-Automobilwerke AG, Zwickau und Horchwerke AG, Zwickau sowie die Automobilabteilung der Wanderer-Werke AG, Siegmar-Schönau fusionierten im Juni 1932 auf Betreiben der Sächsischen Staatsbank zur „Auto Union AG Chemnitz“ und wurden unter massivem Einsatz staatlicher Mittel saniert.

Das heutige Audi-Markenzeichen, die verschlungenen vier Ringe, symbolisiert diesen Zusammenschluss.

Die technische Innovationskraft, das umfassende Typenprogramm und spektakuläre Rennerfolge begünstigten nach 1932 den Aufstieg der Auto Union zum zweitgrößten deutschen Automobilproduzenten und Weltmarktführer im Motorradsektor.

Im Zweiten Weltkrieg entwickelte sich das Unternehmen zu einem weit über den Kraftfahrzeugsektor hinausgehenden Rüstungskonzern. Wie andere Automobilunternehmen auch produzierte die Auto Union unter Einsatz zehntausender Zwangsarbeiter zahlreiche Rüstungsgüter von der Packkiste bis hin zu Panzer- und Flugzeugmotoren.

Ungeachtet der Expansionsbestrebungen

verblieb der Unternehmenskern in Sachsen. Nach 1945 war die Auto-Union – anders als ihre Konkurrenten Opel, Volkswagen oder Daimler-Benz – von der Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone besonders abhängig und damit der strikten Demontage und Enteignung im Zuge der sogenannten antifaschistischen Reorganisation ausgeliefert.

Bis Juli 1948 wurde das Unternehmen zerschlagen. Die Produktionsstätten, die bereits im Oktober 1945 abgetrennt und dann schrittweise verstaatlicht worden sind, bildeten fortan das Rückgrat der Automobil-, Motorrad- und Kleinlastwagenfertigung der DDR. Die früheren Westfilialen gingen in die Ingolstädter Neugründung „Auto Union GmbH“ ein, einer Vorläuferin der heutigen Audi AG.

Der Bestand Auto Union enthält umfangreiches Quellenmaterial zu zahlreichen technik-, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen. Dies gilt gerade auch für aktuelle Forschungsprojekte wie die Einbindung von Großunternehmen in die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik und in die Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkrieges, einschließlich der Frage des Zivil- und Zwangsarbeitereinsatzes oder auch der Sozialisierung von Großunternehmen in der SBZ nach 1945.

Daneben findet sich eine sehr dichte Überlieferung zu Spezialbereichen der Automobilgeschichte wie dem Rennsport, auch zum Wirken der Unternehmerverbände, zum Export, dem Aufbau ausländischer Tochtergesellschaften und der Unternehmensrefinanzierung.

Kriegs- und Nachkriegseinflüsse haben allerdings zu Überlieferungsverlusten geführt. Trotz des erheblichen Bestandsumfangs ist infolge vorarchivischer Kassationen lediglich noch ein Rumpfbestand erhalten. Die Überlieferung der Vorgängerunternehmen und der Jahre 1932 bis 1937 wurde im Zweiten Weltkrieg für die Rohstoffgewinnung extrem ausgedünnt. Für diese „zivilen“ Phasen der Unternehmensgeschichte sind im Kern nur noch verein-

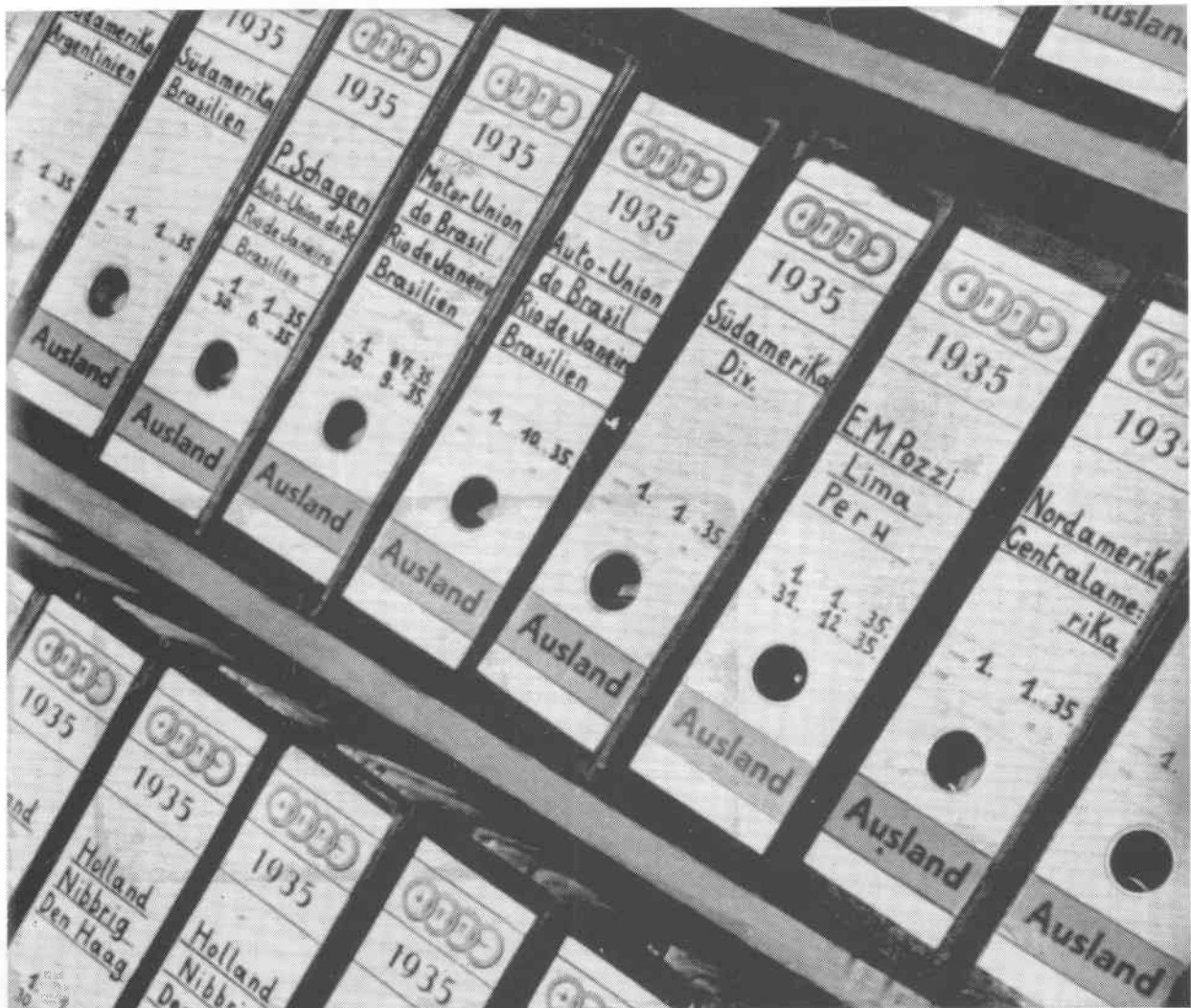
zelte Bilanzen und Prüfberichte, Sammlungsgut, Fabrikationsprogramme sowie Unterlagen zu herausragenden Streitfällen erhalten, etwa der Kündigung des Vorstandsmitgliedes J. S. Rasmussen oder der Warenzeichenstreitigkeit mit der Wanderer Werke AG. Eine halbwegs geschlossene Überlieferung besteht lediglich für das von Kassationen ausgenommene Schriftgut der Jahre 1938 bis 1948, d. h. für den Umbau zum Rüstungskonzern und seine nachfolgende Zerschlagung.

Das Ausmaß der vorgenommenen Kassationen verdeutlicht das Protokoll zur „Registratur- und Archivkonferenz“ der Auto Union im November 1940 (Bestand Auto Union AG, Nr. 3053).

Hierin beklagen Registratur und Archiv die

ausufernde Aktenflut und erbitten sich ausdrücklich die Einwilligung in umfangreiche Kassationen ohne Rücksicht auf Aufbewahrungsfristen. Da an gleicher Stelle von 170.000 zu verwaltenden Aktenbänden die Rede ist, heute aber einschließlich der umfassenderen Überlieferung für die Jahre 1941 bis 1948 nur ca. 6.000 Sach- und 8.500 Personalakten erhalten sind, kann über eine gründliche Umsetzung dieser Forderung kein Zweifel bestehen.

Abb.: Spuren verwischt und Informationen für immer verloren. Diese für die Exportaktivitäten des Unternehmens interessanten Unterlagen wurden im Dritten Reich zu Rohstoffen verarbeitet. Die Abbildung zeigt einen Registraturteil der Auto Union AG Chemnitz 1936, Auto Union AG, Nr. 7738, S. 133.



Abschließend zwei Hinweise für Nachfolgeprojekte oder ähnlich geartete Vorhaben: Zur Vermeidung erheblicher Zeitverluste sollte bei der Erschließung von großen Beständen die eingesetzte Hard- und Software vorab auf ihre Leistungsfähigkeit und ihre Reserven hin geprüft werden. Der Effekt des Einsatzes fachfremder Hilfskräfte bei einfachen Verzeichnungsarbeiten

sollte eher gering eingeschätzt werden. Im konkreten Fall, der Erschließung von Personalakten, deckte sich der Zeitaufwand für die Nachbearbeitung mit dem anzunehmenden Zeitaufwand für eine Erschließung durch archivisches Fachpersonal.

✉ Dr. Martin Kukowski, Technische Universität Chemnitz; Dr. Lutz Sartor, Staatsarchiv Chemnitz

Bestände zur sächsischen Fahrzeugindustrie im Staatsarchiv Chemnitz

VEB Barkas-Werke und Vorgänger, Karl-Marx-Stadt,
Stammbetrieb des VEB IFA Kombinat Personenkraftwagen, Karl-Marx-Stadt
(1900-1944) 1945-1994, 467 m

Horchwerke AG, Zwickau
1902-1932, 1,5 m

Audi Automobilwerke AG, Zwickau
1911-1932, 0,5 m

Zschopauer Motorenwerke J. S. Rasmussen AG und Vorgänger
1913-1932, 2,25 m

Fa. Walter Hunger, Fahrzeugwerke, Frankenberg
1918-1967, 8,55 m

Framo-Werke Hainichen
1928-1964, 25,85 m

VEB KfZ-Werke Audi-Horch/
VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau
(1934-1944) 1949-1995, 349,5 m

VEB Motorradwerk Zschopau
1950-1989, 466 m

Staatssekretär Hartmut Ulbricht besucht das Sächsische Hauptstaatsarchiv

Am 5. Juli 1999 besuchte Hartmut Ulbricht, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium des Innern, in Begleitung des Leiters des Referats Archivwesen, Dr. Hermann Bannasch, das Sächsische Hauptstaatsarchiv.

In seiner Einführung hob Archivleiter Dr. Guntram Martin hervor, dass das Dresdner Hauptstaatsarchiv zu den bedeutendsten Archiven Deutschlands zählt. Seine Bestände dokumentieren nicht nur über 1000 Jahre sächsische Geschichte, sondern ebenso Aspekte der Geschichte Mitteldeutschlands sowie markante Ereignisse der deutschen und der europäischen Geschichte. Das Hauptstaatsarchiv verwahrt damit ein mit dem Namen Sachsens verbundenes reiches Kulturerbe europäischer Bedeutung. Nachfolgend ging Martin auf die aktuellen und künftigen Aufgaben des Hauptstaatsarchivs ein.

Ziel sei es, das Archiv zu einer modern strukturierten, durch effiziente Betriebsabläufe leistungsfähigen Einrichtung zu entwickeln, die vielfältige archivische Dienstleistungen der Verwaltung, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit anbietet. Auf diesem Weg sei das Hauptstaatsarchiv bereits gut vorangekommen, als Beispiel hob Martin hervor: die partnerschaftliche Zusammenarbeit des Hauptstaatsarchivs mit Gerichten, Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen bei der Erfassung, Bewertung und Übernahme von Unterlagen, insbesondere auch von ausschließlich elektronisch gespeicherten Unterlagen oder Filmen; die historisch-politische Bildungsarbeit und die hohe Zufriedenheit der Benutzer mit den archivischen Dienstleistungen.



Im angeregten Gespräch: Staatssekretär Hartmut Ulbricht (zweiter von links) mit Dr. Guntram Martin, Dr. Hermann Bannasch und Dr. Jörg Ludwig (von links nach rechts).

Foto: Hauptstaatsarchiv Dresden

Als problematisch für die gegenwärtige und künftige Aufgabenerfüllung des Hauptstaatsarchivs erweist sich nach den Ausführungen von Martin allerdings die jetzige bauliche Unterbringung. Die zentrale Lage mitten im Regierungsviertel und im Stadtzentrum mit ihren kurzen Wegen entspricht zwar den Anforderungen an ein modernes Hauptstaatsarchiv. Das zwischen 1912 und 1915 errichtete Archivgebäude bedarf jedoch dringend einer baulichen Erneuerung wichtiger Funktionsbereiche, Staatssekretär Ulbricht machte klar, dass sich das Innenministerium dieser Problematik bewusst und im Rahmen der Möglichkeiten besorgt sei, die Unterbringung am Standort zu verbessern.

Auf den einführenden Teil folgte ein Rundgang durch das Haus. Im Lesesaal erläuterte Dr. Jörg Ludwig die Entwicklungstrends bei der Archivbenutzung. Er zeigte, wie die elektronische Datenverarbeitung in diesem

wichtigen Funktionsbereich alte Benutzungsformen mehr und mehr ablöst. Anschließend stellte Eckhart Leisering im Magazin den Bestand Geheimes Archiv vor. Er ging dabei auch auf Probleme der Bestandserhaltung und der Verzeichnung ein. Dr. Thekla Kluttig erläuterte u. a. die Herausforderungen bei der Archivierung digitaler Unterlagen, die sich aus dem verstärkten Einsatz moderner Informationstechnologien in der Staatsverwaltung ergeben und die auch völlig neue Anforderungen an die Tätigkeit des Hauptstaatsarchivs stellen.

Nach dem Rundgang dankte Staatssekretär Ulbricht für die freundliche Aufnahme und zeigte sich von der Aufgabenvielfalt ebenso beeindruckt wie von den Herausforderungen der modernen Informationsgesellschaft für die Staatsarchive.

☞ Dr. Guntram Martin, Hauptstaatsarchiv Dresden



Staatssekretär Ulbricht hält das Makrofiche des vor ihm liegenden Originals in seinen Händen. Um auch für zukünftige Generationen die Originale der zahlreich im Hauptstaatsarchiv überlieferten Karten zu erhalten, werden für die Benutzung Makrofiches hergestellt.

Abb.: Archivleiter Dr. Martin (links), Dr. Ludwig (rechts), Dr. Bannasch (zweiter von rechts)

Foto: Hauptstaatsarchiv Dresden

Wirtschafts- und kunstgeschichtlich wertvoller Bestand Deutsche Werkstätten Hellerau im Sächsischen Hauptstaatsarchiv

Der Kulturraum Dresden wie überhaupt die gesamte sächsische Kulturlandschaft finden sich in den Beständen des Sächsischen Hauptstaatsarchivs dicht und reich dokumentiert. Dies gilt vor allem für Unterlagen zur barocken Bau-, Musik- und Festkultur sowie zum höfischen Kunstleben, aber auch für wichtige Elemente des Kulturlebens in den davor und danach liegenden Epochen. Auf die gezielte Ergänzung kulturgeschichtlicher Quellen will das Hauptstaatsarchiv auch in Gegenwart und Zukunft einen Schwerpunkt setzen. Ein Beispiel dafür ist die Übernahme des Archivs der Deutschen Werkstätten Hellerau (DWH). Die große kulturhistorische Bedeutung des Bestandes erklärt sich u. a. aus der Stellung

der DWH in der deutschen Möbelindustrie und im deutschen Design zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Hier konnten sie die kunstgewerblich führenden Werkstätten in München und Wien rasch überholen. Maßstäbe setzte der von den DWH vollzogene Übergang von der handwerklichen zur industriellen Produktion. Produkte der DWH haben auf diese Weise die deutsche Wohnkultur und das deutsche Design in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg entscheidend geprägt.

Abb.: Von den Deutschen Werkstätten 1911 entworfene Innenausstattung eines Wohnzimmers (Entwurf: Höhdorf/Niemeyer).

Foto: Deutsche Werkstätten Hellerau



Von überregionaler Bedeutung war ferner auch die Verbindung von Kunstgewerbe und Design zur Gartenstadtidee, die in der Gartenstadt Hellerau in der unmittelbaren Umgebung des Werkes verwirklicht wurde. Die Werks- und Ortsgeschichte von Hellerau ist zu großen Teilen im Betriebsarchiv der DWH dokumentiert.

Das Archiv war bis in die jüngste Vergangenheit im Betriebsgebäude der DWH untergebracht. Die Lagerungsbedingungen für die Archivalien waren ungünstig, da weder geeignete Räume zur Verfügung standen noch entsprechende klimatische Bedingungen gewährleistet werden konnten. Auch war es den DWH nicht möglich, das Archiv durch eine archivarische Fachkraft betreuen zu lassen. Als Problem erwies sich weiterhin, dass die DWH umfangreiche Umbauten ihres Firmengebäudes planten, wobei bislang zur Lagerung des Archivs genutzte Räume für andere Zwecke hergerichtet werden sollten.

Als die DWH nach Lösungsmöglichkeiten für diese problematische Situation suchten, brachte das Referat Archivwesen im Innenministerium den Abschluss eines Archivvertrages zwischen dem Hauptstaatsarchiv und den Deutschen Werkstätten Hellerau auf den Weg. So lagern die archivwürdigen Unterlagen zukünftig unter günstigeren Verhältnissen, und durch noch zu leistende Erschließungsmaßnahmen werden sie für die Öffentlichkeit benutzbar.

Die Übernahme dieser Unterlagen durch das Hauptstaatsarchiv ist in dreifacher Hinsicht ein Gewinn: das bedeutsame Archiv der DWH kann dauerhaft vor Verlust bzw. fortschreitender Beschädigung gesichert werden; das Hauptstaatsarchiv erweitert seine kulturgeschichtlich höchst bedeutende Überlieferung um einen für das deutsche Kunstgewerbe und Design des frühen 20. Jahrhunderts wichtigen Bestand; die nationale und internationale Forschung zu den DWH findet im Hauptstaatsarchiv gute Benutzungsbedingungen vor.

Bereits bei der Übernahme der Unterlagen zeigte sich in Einzelstücken, welche be-

deutschen Dokumente vorhanden sind, obwohl die „große Zeit“ der DWH in den überlieferten Archivalien etwas unterrepräsentiert ist. Besonders hervorzuheben ist die umfangreiche Überlieferung zu den hergestellten Möbeln, zu Wohnungs-, Gebäude- und Schiffseinrichtungen. Die Fachwelt darf sicherlich auf die eine oder andere Entdeckung gespannt sein.

✉ Dr. Jörg Ludwig, Hauptstaatsarchiv Dresden

Erscheint in diesen Tagen

Am 12.11.1998 fand im Staatsarchiv Leipzig eine vom Referat Archivwesen konzipierte und organisierte Fortbildungsveranstaltung zu Fragen der Magazinierung und Bestandsbildung statt. Die Veranstaltung stieß auf ein überwältigend großes Interesse, so dass aufgrund der begrenzten Raumressourcen nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden konnten.

Die gehaltenen Referate liegen in der soeben erschienenen Broschüre vor:

Magazin- und Bestandsmanagement bei knappen Ressourcen. Beiträge einer Fortbildungsveranstaltung der Sächsischen Archivverwaltung, hrsg. von Hermann Bannasch im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, Dresden 1999

(ISBN: 3-930380-07-02).

Der Bezugspreis stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Die Veröffentlichung kann über den Buchhandel bezogen werden oder wenden Sie sich an:

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
Archivstr. 14
01097 Dresden

Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
Schongauerstr. 1
04329 Leipzig

Der Archivar im Datendschungel

Teil 2

Für manchen Leser mag diese Überschrift ungewöhnlich klingen, assoziieren doch noch immer viele Leute mit Archiv vor allem Akten und Urkunden. Die Zeiten ändern sich jedoch und gerade die Archivare werden wie kaum ein anderer Berufsstand mit den Auswirkungen der modernen Informationsgesellschaft konfrontiert.

Ein Beispiel dafür ist die Archivierung der Unterlagen des Statistischen Landesamtes in Kamenz; bereits in Heft 1/1999 des Sächsischen Archivblattes wurde kurz darüber berichtet.

Das Statistische Landesamt nimmt nicht nur die ihm zugewiesenen Aufgaben der Bundes-, Landes- und Kommunalstatistik, sondern auch die eines Landesrechenzentrums wahr.

Neben den aktuellen statistischen Daten verfügt es über DDR-Altdateien in Form der sogenannten absortierten Länderdateien. Diese enthalten statistische Daten der ehemaligen Kreise und Bezirke, die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR weiterverarbeitet wurden.

Im Statistischen Landesamt sind somit die Daten der ehemaligen Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt gespeichert. Darunter befinden sich z. B. die Mikrodaten der Volkszählungen 1971 und 1981 und die auf Grundlage persönlicher Haushaltsbücher erhobene Statistik des Haushaltsbudgets der Jahre 1982 bis 1990 sowie die Landwirtschaftsberichterstattung von 1985 bis 1989. Von den 140 absortierten Länderdateien müssen noch 100 durch das Hauptstaatsarchiv bewertet werden, da bereits 40 davon als DDR-Gesamtbestand im Bundesarchiv vorliegen.

Die archivische Bewertung orientiert sich an der Größe und dem Inhalt des Merkmalkataloges, am Umfang der Datenbasis sowie an der Qualität der Dokumentationsunterlagen in Hinblick auf die Übernahme und technische Bearbeitung.

Darüber hinaus erfordert die Bewertung auch eine Berücksichtigung des in Papierform vorliegenden Archivgutes der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR, Bezirksstelle Dresden. Nur so lassen sich z. B. Doppelüberlieferungen vermeiden. Beim Statistischen Landesamt befinden sich derzeit noch weitere Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, die dort mit dem Archivprogramm AUGIAS erfasst sind. Dies erleichtert die spätere archivische Verzeichnung, denn so kann das Hauptstaatsarchiv bei einer Übernahme die Verzeichnungsdaten in die haus-eigene Datenbank importieren.

Das Hauptstaatsarchiv konzentriert sich jedoch nicht nur auf die analogen und digitalen DDR-Unterlagen. Im Rahmen eines Arbeitsbesuches wurde die Schriftgutverwaltung des Statistischen Landesamtes untersucht und Verbesserungsmöglichkeiten benannt.

Mittlerweile sind auch erste nach 1990 entstandene Unterlagen angeboten worden. Als nächster Schritt steht die Bewertung der laufenden Verfahren an, also der digital vorliegenden Statistiken. Ein Überblick über die Statistiken einschließlich der Merkmalkataloge liegt dem Hauptstaatsarchiv vor. Bei der Bewertung müssen die Informationsflüsse analysiert werden.

Im Gegensatz dazu erfolgt in der Bundesrepublik die Weitergabe der Daten der zentralen Statistiken in aggregierter Form als Landesergebnisse an das Statistische Bundesamt. Somit existieren die Mikrodaten nur im Land und müssen dort bewertet und gesichert werden.

Viele Behörden geben statistische Daten zur Aufbereitung an das Statistische Landesamt weiter. Die Ergebnisse werden teilweise im „Statistischen Jahrbuch Sachsen“, in den „Statistischen Berichten“ oder in Sonderberichten veröffentlicht.

Wie bei jeder Bewertung sind Mehrfachüberlieferungen zu vermeiden und die aus-

sagekräftigsten Quellenbasen zu ermitteln. Das setzt eine enge Kooperation mit dem Statistischen Landesamt voraus. Diese ist nur effektiv, wenn sich das Archiv als kompetenter Partner in Fragen der Schriftgutverwaltung erweist und auch bei der Einführung von IT-gestützter Vorgangsbearbeitung sachkundig mitwirkt.

☞ *Angela Ullmann, Hauptstaatsarchiv Dresden*

70. Deutscher Archivtag in Weimar unter aktiver Beteiligung sächsischer Staatsarchivare

Die bedeutendste Fortbildungsveranstaltung für Archivare im deutschsprachigen Raum ist der vom Verein deutscher Archivare organisierte Deutsche Archivtag.

Nachdem der 65. Deutsche Archivtag 1994 in Dresden stattfand, suchte der Veranstalter 1999 wieder eine Stadt in den neuen Ländern aus und wählte die Kulturhauptstadt Weimar als Veranstaltungsort. Passend zur Stadt von Goethe und Schiller stand der 70. Deutsche Archivtag vom 21. bis 24. September unter dem Motto „Archive und Kulturgeschichte“. Der Vortrag von Dr. Jörg Ludwig über „Die Sicherung kulturgeschichtlicher Quellen im Sächsischen Hauptstaatsarchiv am Beispiel des Archivs der Deutschen Werkstätten Hellerau“ stieß auf großes Interesse.

☞ *Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern*

Alte sächsische Pionierleistung für immer nachvollziehbar

Abraham Gottlob Werner, der Begründer der modernen Mineralogie wird in diesem Jahr durch die Stadt Freiberg und die Bergakademie in zahlreichen Veranstaltungen geehrt.

Über vierzig Jahre lehrte Werner an der Freiburger Einrichtung. Als Bergrat und Mitglied des Oberbergamtes leitete er seit 1791 die Geognostische Landesuntersuchung, die systematisch das Kurfürstentum

Sachsen und die angrenzenden Gebiete auf die vorkommenden Gesteinsarten und ihre wirtschaftliche Verwendbarkeit hin untersuchte.

Namhafte Schüler Abraham Gottlob Werners wie August Wolfgang Freiherr von Herder, Johann Carl Freiesleben, Friedrich August Breithaupt und Carl Amandus Kühn beteiligten sich an dieser Untersuchung, die weltweit die erste ihrer Art darstellte. Die damals entstandenen Berichte sind daher wissenschaftsgeschichtlich von höchster Bedeutung.

Die Unterlagen zur Geognostischen Landesuntersuchung umfassen 300 aktenförmige Berichte und 600 handgezeichnete Karten. Nach dem Auffinden mehrerer zu dem Bestand gehörender, jedoch bisher unbekannter geognostischer Karten musste der gesamte Bestand neu geordnet und teilweise neu verzeichnet werden. So entstand auch ein neues Findbuch. Sämtliche Karten wurden im Übrigen dabei ausgemessen und mit EDV erfasst. Demnächst erfolgt die Schutzverfilmung.

☞ *Dr. Uwe Grandke, Bergarchiv Freiberg*

Ausstellung zu Bach-Biographen im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig fand regen Zuspruch

Unter dem Motto „Von dem Vater lernten es die Söhne, von den Söhnen lernte Forkel und von Forkel ich“ wurde vom 26. April bis 28. Mai dieses Jahres in den Räumen des Staatsarchivs Leipzig die vom Bach-Archiv konzipierte Ausstellung zum 250. Geburtstag des ersten Bach-Biographen Johann Nikolaus Forkel und zum 150. Todestag seines Schülers Friedrich Konrad Griepenkerl präsentiert.

Die Ausstellung vereinigte in einzigartiger Weise Dokumente und Kupferstiche zu Leben und Wirken der Bach-Editoren. Sie war zunächst bis Mitte April mit großem Erfolg als Kabinettausstellung im Johann-Sebastian-Bach-Museum in Leipzig zu sehen. Anschließend wurde sie im Rahmen des

Leipziger Bach-Festes in den Ausstellungsräumen des Staatsarchivs Leipzig gezeigt. Den Einführungsvortrag am 28. April im Staatsarchiv Leipzig hielt Karen Lehmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bach-Archiv. Ungefähr 200 Besucher haben die Ausstellung im Staatsarchiv Leipzig gesehen.

☞ *Martina Wermes, Staatsarchiv Leipzig*

Archivische Software optimal nutzen: Mehr Kompetenz in AUGIAS

AUGIAS ist die bereits seit mehreren Jahren in den sächsischen Staatsarchiven im Einsatz befindliche bewährte archivische Software, die vom Hersteller konsequent weiterentwickelt wird. Um sie optimal zu nutzen, ist die Weiterbildung als Anwender erforderlich.

Im Rahmen einer vom Referat Archivwesen im Innenministerium behördenintern organisierten Fortbildung wurden im EDV-Schulungsraum des neuen Ministerialgebäudes Mitarbeiter des Staatsarchivs Chemnitz geschult.

Lernziele des von Angela Ullmann, Hauptstaatsarchiv Dresden, geleiteten Kurses waren u. a. die Verzeichnung sowie die Bestands- und Benutzerverwaltung, die Reparatur und Kompression der Datenbanken und die Erstellung von Findbüchern. Auch Fragen des Datenexports und -imports, der Datenbankanbindung sowie der Datensicherung wurden theoretisch und praktisch behandelt.

☞ *Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern*

Vorsorge gegen das Datenchaos

Zum Archivgut zählen nicht nur Akten und Urkunden. Zunehmend gelangen nur noch elektronisch vorliegende Unterlagen mit hoher Bedeutung für Forschung und Verwaltung in die Staatsarchive.

Das Hauptstaatsarchiv verfügt seit kurzem

über einen leistungsstarken Arbeitsplatzrechner mit Sonderausstattung für die Sicherung von digitalem Archivgut.

Die Hardware erlaubt das Lesen und Sichern auf 3,5" und 5,25" Disketten, CD-ROM und 4 mm DAT. Die vorhandene Software unterstützt die Erkennung verschiedenster Dateiformate sowie eine Datenkonvertierung. Es wurde bewusst eine Minimallösung gewählt, um erste Erfahrungen zu sammeln und die Ausstattung ziel- und bedarfsorientiert zu ergänzen.

☞ *Angela Ullmann, Hauptstaatsarchiv Dresden*

Erfolgreiche Wander-Ausstellung zur Revolution 1848/49 macht Station in Leipzig

Aus Anlass des 150-jährigen Jahrestages des Dresdner Maiaufstandes während der Revolution von 1848/49 machte die vom Hauptstaatsarchiv Dresden und dem Stadtarchiv Dresden konzipierte Ausstellung vom 7. Juni bis 19. Juli dieses Jahres auch im Staatsarchiv Leipzig Station.

Auftakt bildete der Eröffnungsvortrag von Dr. Jörg Ludwig, Hauptstaatsarchiv Dresden, der die Ausstellung auch maßgeblich mitgestaltete.

Anhand von rund 150 Schriftstücken und Bildern zeigte sie die Vorgeschichte, den Verlauf und die Auswirkungen der Revolution. Sachsen und speziell Leipzig sowie seine Umgebung spielten eine herausragende Rolle bei den Forderungen nach einem Rechts- und Verfassungsstaat, nach deutscher Einheit, nach Beseitigung des Feudalsystems und nach demokratischen Grundrechten.

Um die Originaldokumente zu schützen, wurden auf thematisch gestalteten Tafeln Reproduktionen in gescannter Form gezeigt. Zu den Ereignissen im Leipziger Raum wurden ergänzend Archivalien des Staatsarchivs Leipzig im Original präsentiert.

☞ *Martina Wermes, Staatsarchiv Leipzig*

Die Möglichkeiten der Textverarbeitung besser nutzen

Durch die Zusammenarbeit zwischen dem Referat Archivwesen im Innenministerium und der Akademie für öffentliche Verwaltung des Freistaates Sachsen konnte ein Aufbaulehrgang Textverarbeitung am Beispiel von Microsoft Word für Windows als Exklusivkurs nur für Mitarbeiter der Staatsarchive im Schulungszentrum Niederborsitz ermöglicht werden.

Insgesamt nahmen zwölf Mitarbeiter des Hauptstaatsarchivs Dresden und seiner Außenstellen Chemnitz und Freiberg teil. Auf diese Weise konnte dem Fortbildungsbedarf zügig entsprochen werden.

Die Lehrinhalte wurden im Vorfeld mit dem Dozenten abgesprochen und auf die speziellen archivischen Bedürfnisse zugeschnitten. Beispielsweise erleichtert die Kenntnis der Seriendruckfunktion von Word die Findbucheinleitung mit dem AUGEAS-Layout-Assistenten. Kenntnisse über das Gliedern von Texten und das Anlegen von Inhaltsverzeichnissen sind u. a. für das Schreiben von Findbucheinleitungen von Bedeutung. Weitere Lerninhalte waren das Erstellen von Tabellen mit Hilfe der Textverarbeitung, das Einfügen von Kopf- und Fußzeilen und der Datentransfer.

Die Fortbildungsveranstaltung war ein Gewinn, denn sie ermöglicht den Teilnehmern ökonomischer und sicherer mit der Textverarbeitung umzugehen.

☞ *Andrea Tonert, Hauptstaatsarchiv Dresden*

Fachmesse für Archivierung und Dokumentenmanagement DMS in Essen

Vom 21. bis 23. September 1999 fand in Essen die DMS 99 statt. Sie ist die größte Fachmesse für Archivierung und Dokumentenmanagement in Europa. 1995 wurde sie erstmals in Stuttgart veranstaltet.

Vor 20 Jahren war das Senden eines Fax revolutionär, heute arbeiten wir immer mehr

mit E-Mail und Datenaustausch per Internet. Papiergebundene Unterlagen vermischen sich mit Dateien und Multimedia. Der Begriff der Archivierung mit der Zielvorgabe einer langfristigen bzw. dauernden Aufbewahrung und Benutzbarkeit wird durch diese Entwicklung auf den Kopf gestellt, denn die Branche versteht unter Archivieren eher Registrieren.

Der Besuch dieser Messe wird für Archive immer wichtiger, wenn sie die revolutionäre Entwicklung in diesem Bereich verfolgen wollen. Sie wirft für die Archivierung im klassischen Sinn viele ungelöste Probleme auf.

Die nächsten Messetermine sind:

5. bis 7. September 2000

26. bis 28. September 2001

Es wäre zu wünschen, dass sich die Termine nicht wie in diesem Jahr mit dem Deutschen Archivtag überschneiden.

☞ *Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern*

Der Leiter des Universitätsarchivs der Bergakademie Freiberg Johannes Hofmann geht in den wohlverdienten Ruhestand

Am 24. Oktober 1999 wurde der langjährige Leiter des Universitätsarchivs der Technischen Universität Bergakademie Freiberg, Johannes Hofmann, 65 Jahre alt. Seit mehr als 20 Jahren leitete der stets aufgeschlossene und immer präzise Johannes Hofmann das Archiv der ältesten, im Jahre 1765 gegründeten montanwissenschaftlichen Hochschule der Welt.

Nach der Ausbildung und seinem Studium an der Bergakademie war er zunächst in verschiedenen Instituten und Betrieben tätig. Aus den Erfahrungen mit dieser praktischen Arbeit, die traditionell eng mit der Montanwirtschaft verbunden war, zog er großen Gewinn für die Leitung des Archivs der Bergakademie Freiberg.

Besondere Verdienste hat sich Johannes Hofmann mit dem Ausbau des Archivs zu einer national und international angesehenen Dokumentations- und Forschungsstätte zur sächsischen Montangeschichte erworben. Ihm und seinem Kollegen ist es in Anknüpfung an die Vorarbeiten des Amtsvorgängers ganz wesentlich zu danken, dass die archivalischen Quellen von Wissenschaftlern, Journalisten, Unternehmern, Studenten und Genealogen ausgewertet werden können. Gegenwärtig unterstützt das Archiv Forschungs- und Publikationsprojekte aus 27 Staaten.

Für seine Arbeit, die die Bergakademie auch über die nationalen Grenzen hinaus bekannt machte, wurde Johannes Hofmann am 2. April 1999 vom Senat der Bergakademie mit der selten vergebenen Universitätsmedaille „in Anerkennung herausragender Verdienste um die TU Bergakademie Freiberg“ geehrt.

Erwähnung verdienen ebenfalls seine Beiträge zur quellengestützten Darstellung der Geschichte der Bergakademie in Form von publizistischen Beiträgen und Ausstellungen, wobei er besonders in den letzten Jahren auch die Medien, vor allem Fernseh- und Videoaufzeichnungen, nutzte.

Für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass Hofmann dem sächsischen Archivwesen treu bleibt und auch weiterhin in der Fachgruppe des VdA „Archivare an Hochschulen und Archiven wissenschaftlicher Institutionen“ mitarbeiten wird.

☞ *Dr. Matthias Lienert, Technische Universität Dresden; Dr. Gerald Wiemers, Universität Leipzig*

Faszinosum Film: Event des Referates Archivwesen beim „Gläsernen Regierungsviertel“

Anlässlich des Dresdner Stadtfestes am 21. August strömten Sachsen aus dem ganzen Freistaat in die Landeshauptstadt. Sie nutzten dabei wie auch zahlreiche Touristen, die über das Wochenende die Schönheit von Elbflorenz genossen, den Blick hinter die Kulissen.

Im Rahmen der Veranstaltung „Gläsernes Regierungsviertel“ wurde der Öffentlichkeit ein vielfältiges Programm geboten, so z. B. ein Bürgerfrühstück mit Ministern und Staatssekretären der Staatsregierung in der Staatskanzlei. Das neu errichtete Ministerialgebäude am Carolaplatz, in dem auch das Innenministerium untergebracht ist, zog besonders viele Besucher an. Zu den Klängen des Polizeimusikkorps konnte man den Neubau eingehend begutachten, sich über die Aufgaben der einzelnen Abteilungen eingehend informieren oder das persönliche Gespräch mit Innenminister Klaus Hardraht führen. Viele Besucher waren erkennbar fasziniert von dem Event des Referates Archivwesen, das Ausschnitte aus historischen Filmen präsentierte. Gegen 16 Uhr klang die Veranstaltung aus, die für Besucher und Mitarbeiter ein gewinnender Tag war.

☞ *Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern*

Regionaler Erfahrungsaustausch der Wirtschaftsarchivare Sachsens in Chemnitz

Anlässlich der diesjährigen Frühjahrstagung des „Regionalen Erfahrungsaustauschs“ der Wirtschaftsarchivare Sachsens hat das Sächsische Wirtschaftsarchiv am 12. Mai 1999 Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Wirtschaft in den Chemnitzer Europark eingeladen. Die Veranstaltung diente speziell dazu, Fragen der Erschließung von Wirtschaftsbeständen zu diskutieren. Nach der Begrüßung durch Veronique Töpel, Sächsisches Wirtschaftsarchiv, stellte Barbara Schaller, Staatsarchiv Chemnitz, das Staatsarchiv Chemnitz und die hier lagernden Wirtschaftsbestände vor. Der anschließende Vortrag von Bernd Ingenpaß, Staatsarchiv Chemnitz, zu dem Thema „Ordnung und Verzeichnung von Wirtschaftsbeständen – Sind die Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der DDR (OVG) heute noch zeitgemäß?“ beleuchtete insbesondere die Vorteile und Probleme der Anwendung der

OVG in der heutigen Erschließungspraxis. Nach einer Führung durch das Staatsarchiv zeigte Dr. Wolfgang Uhlmann (Industriemuseum Chemnitz) die Beziehungen des Industriemuseums zum Staatsarchiv im Interesse der wirtschaftshistorischen Forschung auf. Die Veranstaltung endete mit einer Erörterung über Informationstechnologie in der Schriftgutverwaltung und einem Bericht über die letzte Tagung der Vereinigung der Wirtschaftsarchivare in Frankfurt/Main.

☞ Bernd Ingenpaß, Staatsarchiv Chemnitz

Übernahme eines Reichsbahnbestandes im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig

Gegenwärtig übernimmt das Staatsarchiv Leipzig 130 m Unterlagen der Obersten Bauleitung für Automatisierung und Elektrifizierung Leipzig der Deutschen Reichsbahn. Nach Ausweis der vorliegenden Ablieferungsverzeichnisse erstrecken sich diese Unterlagen von 1926 bis 1990 und dokumentieren damit in einer einmalig geschlossenen Überlieferung den Ausbau von Bahnstrecken der Deutschen Reichsbahn für den elektrischen Fahrbetrieb insbesondere im mitteldeutschen Raum.

Die Akten enthalten neben den baulichen Unterlagen, die den größten Teil der Überlieferung bilden, auch geologische Gutachten und umfangreiches Material zum elektrischen Zugbetrieb, z. B. einen Jahresbericht der Reichsbahndirektion Halle aus dem Jahr 1943 mit einem Übersichtsplan der elektrisch betriebenen Strecken, einer Übersicht der elektrischen Fahrzeuge und Angaben zu den Abspannwerken und Schaltstellen für den Fahrstrom.

Nach einer ersten Einschätzung bietet dieser Bestand interessante Dokumente zur Elektrifizierung von Bahnstrecken sowie zu den elektrisch betriebenen Transportleistungen der Deutschen Reichsbahn über einen Zeitraum von fast 70 Jahren.

☞ Christine Enderlein, Staatsarchiv Leipzig

Archive müssen gehört werden, wenn Behörden IT-Anwendungen einführen

Elektronische Geschäftsstellen- und Registraturprogramme finden immer zahlreicher Einsatz in Gerichten, Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen.

Wenn nur noch elektronische Register geführt werden, kann Jahre später bei einer Aktenaussonderungen Datenchaos drohen. Wenn die Archive aber bei der Planung und Einführung der Programme beteiligt werden, besteht die Chance, ihre Bewertungs- und Erschließungsleistung effizienter zu erfüllen wie auch für die abgebende Stelle ihre Raumressourcen ökonomischer zu nutzen und Aussonderungen mit geringerem Aufwand durchführen zu können.

Konkret heißt das z. B., Aussonderungslisten nicht nur elektronisch zu erstellen, sondern auch Programmfunktionen archivisch nutzen zu können.

Derzeit hat sich eine Arbeitsgruppe auf Anregung der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg gebildet, die dies am Beispiel des bei den Staatsanwaltschaften im Einsatz befindlichen Programms SIJUS-STRAF realisieren will. Neben Bayern und Niedersachsen ist auch die sächsische Archivverwaltung vertreten.

☞ Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern

„10 Jahre friedliche Revolution in Leipzig“ Archivalien-Ausstellung des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig

Das 10-jährige Jubiläum der „friedlichen Revolution“ vom Herbst 1989 bietet den Anlass für das Staatsarchiv Leipzig, eine Archivalien-Ausstellung zu präsentieren. Schriftstücke aus den Archivgutbeständen des früheren SED-Staates, Polizeibefehle, Flugblätter, Fotos, Karten sowie in einer Toncollage zusammengestellte Schallarchivalien zeigen die politische Formierung der Opposition und die konträren Auseinandersetzungen mit dem Machtapparat, die im Oktober 1989 in Leipzig in eine „friedliche

Revolution“ umschlugen. Die gezeigten Archivalien umfassen den Zeitraum der 70er Jahre bis zur Bildung des „Runden Tisches“ Ende 1989.

Die Ausstellung ist vom 10. September bis zum 17. Dezember 1999 im Staatsarchiv Leipzig, Behördenzentrum Paunsdorf, Schongauerstraße 1 zu sehen. Sie fügt sich in das Jubiläumsprogramm „Leipzig erinnert an den Herbst ‘89“ ein.

 Gertraude Gebauer, Staatsarchiv Leipzig

„Digitale Archive – ein neues Paradigma? – Wissenschaftliches Kolloquium zum 50-jährigen Bestehen der Archivschule Marburg (22. – 26. Juni 1999)

Im Rahmen der Feierlichkeiten zu ihrem 50-jährigen Bestehen veranstaltete die Archivschule Marburg, die seit 1949 Archivare ausbildet, ein zweitägiges archivwissenschaftliches Kolloquium.

Das o. g. Thema der Fachtagung lässt bereits erkennen, dass das Jubiläum von der Leiterin der Einrichtung, Privatdozentin Dr. Angelika Menne-Haritz, weniger auf Erinnerung an Vergangenes abgestellt war als auf die Orientierung an das digitale Überlieferungszeitalter und seine Auswirkungen auf das Archivwesen. Über Herausforderungen für den Berufsstand der Archivare in der Informationsgesellschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts und die damit verbundenen tiefgreifenden Veränderungen archivfachlich zu reflektieren und zu informieren, stand im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Überall verändern die modernen Informationstechnologien Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Bei Behörden und Gerichten entstehen neue Formen in den Geschäftsprozessen. PC-Anwendungen und ihre Vernetzungen sind teilweise bereits Standard, von jedem Arbeitsplatz aus kann auf verteilt verwaltete Daten zugegriffen werden, in den Datenbanken können Informationen ständig kopiert, gespeichert, geändert und neue Daten produziert werden. Um digitale Daten weiter zu verarbeiten,

werden Datenbanken mit textverarbeitenden Systemen elektronisch verbunden: Workflow-Managementsysteme kommen zum Einsatz, nach außen sind Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten per Internet möglich. Es liegt auf der Hand, dass der Einsatz innovativer Informationstechnologien (IT) die öffentliche Verwaltung weiter reformiert.

Die veränderten Organisations- und Kommunikationsstrukturen in den Behörden, der sich gegenwärtig vollziehende Übergang von der analogen zur digitalen Datenumgebung und elektronischen Vorgangsbearbeitung, der Wandel vom Aufzeichnungsträger Papier zu neuen Informationsträgern beeinflusst das Archivierungsverfahren. Berufserfahrungen, die traditionell mit der Archivierung papiergebundener Unterlagen gesammelt worden sind, müssen um Kenntnisse für die Archivierung von Unterlagen in elektronischer Informationsumgebung erweitert werden. Archivare stehen traditionell am Ende von Verwaltungshandeln. Sie wurden tätig, Jahre, nachdem die Unterlagen entstanden sind. Dies muss sich ändern, um digital vorliegende Unterlagen archivisch bearbeiten zu können. Welche Möglichkeiten sich für die Archive eröffnen, um ihre Aufgaben auch in Zukunft zu erfüllen, wurde von Informations- und Verwaltungswissenschaftlern, Informatikern und Vertretern aus der benachbarten Disziplin des Bibliothekswesens erörtert.

Archivgesetze müssen der Problematik neuer Medien und Aktenbildungen gerecht werden. Die aktive und frühzeitige Kooperation der Archivare mit den aktenproduzierenden Stellen bereits bei der Planung und Einführung neuer IT-Anwendungen ist unumgänglich. Über das eigene Fachgebiet hinaus muss mit jenen der Erfahrungsaustausch gepflegt werden, die Kenntnisse in Informationstechnologien besitzen.

Einvernehmen bestand darin, dass die Informationsanforderungen der Verwaltung, beispielsweise elektronische Vorgangsbearbeitung und geografische Informationssysteme, mit den archivischen Bedürfnissen

und Methoden in Einklang gebracht werden müssen: Scheinen doch archivwissenschaftliche Grundsätze wie Provenienzprinzip und Wahrung des Herkunfts- und Entstehungszusammenhangs nicht mehr realisierbar und Verwaltungsmitarbeitern und EDV-Spezialisten überdies schwer vermittelbar zu sein. Die Archivare müssen sich bemühen, mit IT-Fachleuten in der Verwaltung in einen Dialog zu treten, um Vorstellungen zur Archivierung aufbewahrungswürdiger elektronischer Unterlagen zu entwickeln. Bereits bei Entstehung eines IT-Systems und der geplanten Einführung muss an die spätere Archivierung im Sinne einer dauernden Aufbewahrung und Nutzung gedacht werden.

Wie dies konkret aussehen kann, zeigt DO-MEA, das Programm des Bundes zum Management von Dokumentenbearbeitung und -verwaltung, das dezentrierte Schriftgutproduktion und elektronische Aktenführung zwischen Bonner und Berliner Dienststellen über einen Informationsverbund organisiert und gleichzeitig Regelungen für ein mit dem Bundesarchiv abgestimmtes Aussonderungskonzept für elektronische Unterlagen von Anbeginn an einschließt. Als ein weiteres Anwendungsprojekt wurde über das elektronische Grundbuch in Baden-Württemberg referiert, das durch die Bemühungen der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg Schnittstellen für den Zugriff anderer Landesbehörden und der Archive aufweisen wird.

Die von der Archivschule Marburg vorbereitete Veröffentlichung aller Referate des Kolloquiums sei nicht nur allen Archivaren empfohlen, sondern auch Verwaltungsjuristen und EDV-Spezialisten.

☞ Ingrid Grohmann, Staatsarchiv Leipzig

Erschienen:

Begleitend zu der Wanderausstellung „Die Revolution von 1848/49 in Sachsen“, die das Hauptstaatsarchiv und das Stadtarchiv Dresden konzipiert haben, ist jetzt die Publikation von

Jörg Ludwig/Andreas Neemann: Revolution in Sachsen 1848/49. Darstellung und Dokumente. Hrsg. von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden. Eigenverlag. Dresden 1999

erschienen.

Die Publikation ist erhältlich bei:
Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstr. 36-38
01129 Dresden

Neue Software in den sächsischen Staatsarchiven

Zum Jahresende startet ein Testlauf des archivischen Verzeichnungsprogramms AUGIAS auf MS-SQL-Basis im Hauptstaatsarchiv Dresden.

Neben den archivischen Verzeichnungsprogrammen benötigen moderne Archive auch Bibliotheksprogramme. Im August 1999 wurde im Staatsarchiv Leipzig das von der Firma Dynix vertriebene Bibliotheksprogramm HORIZON eingeführt. Über die Erfahrungen mit HORIZON erfolgt im nächsten Heft ein ausführlicher Bericht.

☞ Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern

Fortschritte in der Erschließung und der Bestandserhaltung Ein Arbeitsbericht aus dem Bergarchiv Freiberg

Ein zentraler Bestand des Bergarchivs, die aus dem 16. bis 20. Jahrhundert stammenden Erzrisse, werden zurzeit aus einer zu Beginn des 20. Jahrhunderts errichteten Holzregalanlage in eine neue Stahlregalanlage umgelagert.

Die Tiefe der Regale variiert zwischen 60, 90 und 120 cm. Die Anlage ist nach dem Baukastenprinzip geplant und kann flexibel sowohl für gerollte als auch für planliegende Risse verwendet werden.

Zur Optimierung des Platzbedarfs werden die Risse vermessen und nach Größenklassen umsigniert. Die Größe der Risse reicht von Kleinformaten (15 x 20 cm) bis hin zu Übergrößen (800 x 230 cm). Das Ausmessen soll zudem die Schutzverfilmung vorbereiten.

Schließlich werden Angaben zu den Beschreibstoffen (Papier, Papier auf Leinen, Pausleinen, transparente Kunststoffe oder Kopierpapier) erhoben sowie Schäden erfasst. Die Risse waren seit ihrer Erschließung in den 60er und 70er Jahren mittels deskriptiver Signaturen geordnet, die sich in vier Bestandteile gliederten. Das erste Element wies auf die Lage der Grube in einem der vier sächsischen Bergreviere hin, das zweite auf den Anfangsbuchstaben der Grube, das dritte auf das einzelne Berggebäude. Das vierte Element schließlich identifizierte jeden einzelnen Riss zu jedem Berggebäude in chronologischer Reihenfolge. Es entstand so beispielsweise für den ältesten Riss des Bergarchivs, eine Darstellung von „Vereinigt Feld“ im Altenberger Zwitterstock aus dem Jahr 1574, das Signaturschema „I.V.a.1.“, wobei das erste Element „I“ auf das Altenberger Revier hinweist. Das zweite und dritte dienen der Identifizierung des Berggebäudes „Vereinigt Feld“. Das vierte Element zeigt, dass der Riss der älteste von insgesamt mehr als einhundert Rissen über das genannte Berggebäude ist. Die sogenannte Deskriptoren-

analyse fand mit Rücksicht auf den damaligen Stand der elektronischen Datenverarbeitung weltweit in der Sozialwissenschaft Anwendung, weil sie mittels einfacher Zahlen- und Buchstabencodes umfangreiche Informationen auf geringstem Raum zu speichern vermochte.

Inzwischen ist die Leistungsfähigkeit der EDV so weit gestiegen, dass das Bergarchiv Signaturen nach laufenden Nummern vergeben kann. Anders als bei den Akten, die in der Regel ein einheitliches Format haben, werden jedoch für Risse zweigliedrige Nummern erteilt.

Die Risse sind einerseits fortlaufend nummeriert, andererseits wird der fortlaufenden Nummer ein Hinweis auf Größe und Form des Risses vorangestellt. Es entsteht folgendes Signaturschema „H1“, „A2“, „A3“, „J4“, „B5“ usw. Auf diese Weise gliedern sich die Risse nach planliegenden und gerollten Rissen. Die Rollrisse werden entsprechend der Regaltiefe in Größenklassen bis 60 cm (Größenklasse A), 90 cm (B), 120 cm (C) und verschiedene Übergrößen (D bis G) eingeteilt.

Gleichzeitig findet eine intensive technische Bearbeitung statt: Staub wird entfernt, geschädigte Risse werden durch säurefreies Papier stabilisiert und vor weiteren Schädigungen geschützt.

Die gewohnten Findhilfsmittel, insbesondere Orts- und Grubennamenregister, können so nach der Umlagerung mittels einer Konkordanz weiterverwendet werden. Sie sollen in den nächsten Jahren durch moderne datenbankgenerierte Findbücher ersetzt werden.

Dr. Uwe Grandke, Bergarchiv Freiberg

Bestandserhaltung: Die „stille“ Herausforderung der Archive Erfahrungen aus dem Sächsischen Staatsarchiv Leipzig



Foto: Staatsarchiv Leipzig

Zu den gesetzlich festgelegten Aufgaben der sächsischen Staatsarchive zählt gleichwertig neben dem Erfassen, Übernehmen, Bewerten, Erschließen und Nutzbarmachen auch das Verwahren und Erhalten des Archivgutes. Es ist vor Beschädigung und Untergang zu schützen, um seine Zugänglichkeit auch noch für künftige Generationen zu gewährleisten.

Dabei versteht das Sächsische Archivgesetz unter Archivgut Informationsträger unterschiedlichster Art und Form: Urkunden, Amtsbücher, Karten, Bilder, Filme und Tonträger sowie maschinell lesbare Datenträger. Diese materielle Vielfalt ist sicherlich in unterschiedlicher Ausprägung in jedem Archiv anzutreffen. Von den verschiedenen Trägermaterialien sind die Informationen nicht ohne Verluste zu trennen. Die Bedeutung von Archivgut ruht nicht zuletzt auf seiner Unmittelbarkeit und Authentizität als Zeitzeugnis der Geschichte. Diese Funktion kann es jedoch nur

dann übernehmen, wenn seine Originalität auch in materieller Hinsicht erhalten bleibt. Kopien z. B. auf einem digitalen Speicher können nur eingeschränkt diesem Anspruch gerecht werden.

Bestandserhaltung in Archiven zielt daher vorrangig auf den Erhalt von Materie: Papiere unterschiedlicher Art und Zusammensetzung, Tinten und die Abdrücke von Schreibbändern, Folien als Träger von fotografischen Schichten, Pergament, Leder, Gewebe, Heftgarn und Klebstoffe - die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Doch Materie unterliegt den natürlichen Alterungsprozessen. Pflege und Sorgfalt im Umgang sind erforderlich, sollen Schäden und Verluste verhindert werden. Dies ist immer auch mit finanziellem Aufwand verbunden, der jedoch in Anbetracht knapper Mittel so gering wie möglich gehalten werden muss.

Schadensvermeidung ist auch vor diesem Hintergrund der Schadensbeseitigung vorzuziehen.

Bestandserhaltung ist Aufgabe und Verpflichtung nicht nur des jeweils dafür speziell zuständigen Referenten oder des Restaurators, sondern jedes Mitarbeiters und Benutzers. So verhindern saubere Arbeitsflächen die weitere Verschmutzung des Archivgutes, der behutsame Umgang bei Transport und Benutzung beugt mechanischen Schäden vor.

Neben der Versorgung des bereits in den Archiven vorliegenden Archivgutes hat sich durch die umfangreichen Übernahmen aus der Zeit nach 1990 im Freistaat ein Arbeitsvolumen ergeben, das eine besondere Herausforderung für alle Archivmitarbeiter darstellt.

Der Erhaltungszustand der Bestände im Staatsarchiv Leipzig kann vermutlich stellvertretend für weitere Archive Sachsens angeführt werden und ist derzeit wie folgt zu beurteilen:

Trotz der Grobreinigung und der Verpackung der Archivalien beim Umzug in den Archivneubau im Jahr 1995 ist der Verschmutzungsgrad hoch. Während der Zeiten unverpackter Lagerung haben sich Schmutzaufgaben gebildet, die nur mit erheblichem Aufwand zu entfernen sind. Die Dringlichkeit solcher Reinigungsmaßnahmen wird unterstrichen durch die mikrobielle Kontamination einer großen Anzahl von Akten. Demzufolge ist insgesamt mit einer erhöhten Sporenkonzentration zu rechnen, die die Gefahren eines erneuten Befalls bei hoher Luftfeuchtigkeit oder gar bei einem akuten Wasserschaden deutlich steigert. Neben den Risiken für das Archivgut ist die Gesundheitsgefährdung von Mitarbeitern zu beachten.

Mechanische Schäden insbesondere in den Kantenbereichen sind nahezu die Regel. Als vorrangige Schadensursachen sind unsensibler Umgang mit dem häufig losen und gefädelten Archivgut und unsachgemäße Verpackung zu nennen. Der überwiegende Teil des Gesamtbestandes ist dem 19. und 20. Jahrhundert zuzuordnen und somit potentiell gefährdet durch den sogenannten Säurefraß, ein Schadensbild, das gekenn-

zeichnet ist durch Vergilben und durch Abnahme der mechanischen Festigkeit.

Das Archivgut des 20. Jahrhunderts ist wesentlich geprägt durch Kopien verschiedenster Art. Darunter sind Thermokopien, Zinkoxidkopien, Lichtpausen und Hektographien (Ormig) als unbeständig anzusehen. Insbesondere die Thermokopien (z. B. Faxschreiben) verblassen innerhalb kürzester Zeit.

Ähnlich gravierende Probleme ergeben sich im Bereich der modernen Medien: Neben den immer noch vereinzelt auftauchenden Nitrofilmen wurde u. a. das Essigsäuresyndrom, der Zerfall von Acetatfilmen, festgestellt. Celluloseacetat ist das über lange Zeit am häufigsten eingesetzte Trägermaterial für Lauf- und Mikrofilme, es ist aber auch bei Magnetbändern anzutreffen.

Wo ist der Hebel für die sich aus der oben geschilderten Situation ergebenden „Herkulesarbeit“ anzusetzen?

Neben den Grundvoraussetzungen, die durch den Archivbau und dessen Einrichtung geschaffen werden müssen, ist für den Erhalt des Archivgutes seine technische Bearbeitung von zentraler Bedeutung: insbesondere das Reinigen und Verpacken ergeben die Basis für die weitere Lebenserwartung. Richtlinien für die technische Ausführung dieser Aufgaben sind zu erarbeiten. Es ist zu erproben, welche Voraussetzungen bereits im Vorfeld, in Zusammenarbeit mit den anbieterpflichtigen Stellen selbst geschaffen werden können. Es sind angeleitete und ausgebildete Arbeitskräfte, Arbeitsplätze, Werkzeuge und Materialien zur Verfügung zu stellen. Die technische Bearbeitung von Archivgut ist nicht durch jedermann qualitativ durchführbar. Sie erfordert Materialkenntnisse, handwerkliches Geschick und Einfühlungsvermögen in die Bedürfnisse des häufig recht heterogenen Materials. Eine Beurteilung des jeweiligen Erhaltungszustandes ist zumindest soweit zu erbringen, wie Sofortmaßnahmen notwendig werden.

Bei der Bemessung der Personalsituation ist

davon auszugehen, dass durchschnittlich mehr Arbeitszeit für technische Arbeiten als für Erschließungsarbeiten erforderlich ist. So wurde für die Reinigung verschmutzter Archivalien durchschnittlich eine Arbeitszeit von zehn Stunden pro Regalmeter benötigt. Ähnliche Zeiten ergeben sich in der Bearbeitung von modernem Schriftgut beim Entfernen von rostenden Metallteilen. Für die standardmäßige Verpackung wurden Zeiten von drei bis vier Stunden je Regalmeter ermittelt.

Der Aufwand ist hoch und der Erfolg im Wettlauf mit der Zeit nicht sicher. Doch wird eine gute Schadensvermeidung bzw. -begrenzung immer effektiver sein als der Versuch, entstandene Schäden wieder zu beseitigen. Nur so werden wir eine Chance haben, den Erhalt des Archivgutes gemäß der gesetzlichen Verpflichtung dauerhaft zu gewährleisten.

☞ *Barbara Keimer, Staatsarchiv Leipzig*

Archivgut schützen und die Benutzung erleichtern – die Quadratur des Kreises?

Das kulturelle Erbe Sachsens spiegelt sich u. a. besonders anschaulich auch auf colorierten Karten und bildlichen Darstellungen in den sächsischen Staatsarchiven wider. 1998 wurden erstmals einige davon auf ein farbstabiles dauerhaft haltbares Ilfochrome-Filmmaterial Schutzverfilmt. Je nach Größe und Feingliedrigkeit der Darstellung wird das Kartenbild auf einem oder mehreren postkartengroßen Makrofiches wiedergegeben. Mit der Verfilmung wurde die Fa. Herrmann & Kraemer, Garmisch-Partenkirchen, beauftragt. Insgesamt konnten im letzten Jahr Makrofiches von 39 sogenannten Turnierrollen und 1.903 Karten hauptsächlich aus dem Hauptstaatsarchiv Dresden und dem Bergarchiv Freiberg angefertigt werden.

Ausgewählt wurden dafür insbesondere einschlägige Kartenwerke wie die erste kursächsische Landesaufnahme von Öder und Zimmermann (1586-1633), der Atlas Au-

gustus (1711-1742) und die sächsischen Meilenblätter (1780-1825). Bei den Turnierrollen (16. Jh.-18. Jh.) aus dem Bestand Oberhofmarschallamt handelt es sich um bildliche Darstellungen, z. B. von Auf- und Festzügen, Leichenzügen sowie Turnieren am kurfürstlichen Hofe.

Neben einem Master, einem Exemplar als Vorlage für Reproduktionen und einem Benutzungsexemplar für das verwahrende Archiv wurden auch für die anderen sächsischen Staatsarchive in Auswahl Benutzungsexemplare angefertigt.

Auf diese Weise werden Karten, Pläne und Risse nicht nur vor Schäden geschützt, sondern viele bereits seit Jahren, z. T. Jahrzehnten, nicht mehr benutzbare Stücke können nun in Kopien vorgelegt werden.

In diesem Jahr wurde das Projekt noch erweitert, die Verfilmung von 3.500 Karten, Rissen und bildlichen Darstellungen ist vorgelesen.

Wir sichern damit nicht nur unser kulturelles Erbe, sondern wir steigern auch die Effizienz in unseren Staatsarchiven, da der hohe personelle Aufwand für das Ausheben und Zurückstellen der häufig sehr großen und unhandlichen Karten durch die Vorlage von Makrofiches entfällt.

Unserem Verständnis als Dienstleister entspricht es nicht nur, dass wir den Benutzern Unterlagen wieder zugänglich machen können. Durch die Vorlage von Makrofiches erleichtern wir das Betrachten und Auswerten der Karten und liefern gleichzeitig eine geeignete Grundlage für die Herstellung fotografischer und digitaler Reproduktionen.

☞ *Raymond Plache, Staatsministerium des Innern*

Rezensionsteil im Sächsischen Archivblatt

Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen. Beiträge zur Tagung im Staatsarchiv Münster 3.-4. März 1997, hrsg. v. Frank M. Bischoff, [Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen. Reihe E – Beiträge zur Archivpraxis, Heft 4], Münster 1997, brosch., 202 Seiten, ISBN 3-932892-003.

Der vorliegende Sammelband präsentiert die Druckfassung von Vorträgen, die anlässlich einer Tagung von EDV-Referenten 1997 in Münster gehalten wurden. In 14 Beiträgen kommen neben den Staatsarchivaren auch Vertreter von Kommunal-, Wirtschafts- und Kirchenarchiven zu Wort. Die von Susanne Brockmann und dem Herausgeber besorgte Zusammenfassung der Diskussion ist eine hilfreiche Ergänzung. Wegen der gebotenen Kürze werden hier nur drei Beiträge vorgestellt, die aber als repräsentativ für das gebotene Spektrum gelten können.

Gudrun Fiedler erläutert in einem auch von den übrigen Referenten beachteten Vortrag den Runderlass der Niedersächsischen Staatskanzlei (1996), mit dem geregelt wird, dass das Informationszentrum Niedersachsen (IZN) als Eigenbetrieb des Landes die Aufbewahrung elektronischer Unterlagen übernimmt. Die Benutzung erfolgt weiterhin dezentral in den sieben niedersächsischen Staatsarchiven. Volker Buchholz (Detmold) gibt zu bedenken, dass der unkritische EDV-Einsatz die Aussagekraft der Katasterüberlieferung gänzlich in Frage zu stellen droht. Die Bemühungen des dänischen Reichsarchivs, die Archivierung elektronischer Unterlagen zu organisieren, stehen im Zentrum des Referates von Carsten Müller-Boysen, wobei v. a. eine Übersetzung aktueller und informativer dänischer Vorschriften geboten wird, die ansonsten im deutschsprachigen Raum kaum bekannt sein dürften.

Insgesamt gibt der sorgfältig redigierte Band einen vorzüglichen Einblick in die aktuelle Diskussion über die elektronische Archivierung. Fast alle Autoren betonen, dass der ar-

chivische Fachverstand möglichst schon bei der Beschaffung von EDV-Systemen beteiligt werden sollte („Life-cycle“-Konzept), um spätere Komplikationen zu vermeiden. Die durchweg gut lesbaren Beiträge bieten darüber hinaus eine Vielzahl von Anregungen für die Arbeit im vorarchivischen Bereich und im praktischen Umgang mit den neuen Medien.

Auf die Folgebände der Tagungen in Ludwigburg (1998) und Koblenz (1999) darf man gespannt sein. Trotz des rasanten Fortschritts der EDV-Technik und -Einsatzes ist dieser Tagungsband unbedingt lesenswert und sollte in keinem archivfachlichen Handapparat fehlen.

✉ Dr. Thomas Lux, Landesarchiv Magdeburg

Rezension Audiobuch CD:

„Und trotzdem haben wir immerzu geträumt davon“. Siegfried Pitschmann über Leben und Arbeiten mit Brigitte Reimann. Feature von Sabine Ranzinger. Mit Siegfried Pitschmann und Susanne Bard, Aufbau-Verlag, Berlin 1999, ISBN 3-89813-014-2.

Brigitte Reimann war nicht nur eine vielgelesene Autorin in der DDR, sie gehörte auch zu jener Generation, die 1933 geboren, enthusiastisch den Aufbau der DDR mitzugestalten versuchte. Ihr geradezu fanatisches Engagement wich jedoch Ausgang der sechziger Jahre einer Ernüchterung, nicht zuletzt durch das gewaltsame Ende des Prager Frühlings. Nachdem 1997/98 der Aufbau-Verlag ihre Tagebücher erstmals nahezu vollständig herausgab, thematisiert die hier besprochene Audio-CD das Leben mit ihrem zweiten Ehemann, dem Schriftsteller Siegfried Pitschmann. Gemeinsam zogen sie 1960 nach Hoyerswerda. Dieser Ortswechsel stand im Zeichen des „Bitterfelder Weges“, einer Kampagne, die mit der Parole „Greif“ zur Feder Kumpel“ einen engen Kontakt zwischen Künstlern und der Arbeiterklasse propagierte. Reimann und Pitschmann arbeiteten im Kombinat Schwarze Pumpe und wirkten

an der betrieblichen Kulturarbeit mit. Daraus entstand der vielbeachtete Roman „Ankunft im Alltag“, der einem ganzen Literaturgenre seinen Namen geben sollte – Ankunfts-literatur. Das hier geradezu euphorische sozialistische Menschenbild wich in dem posthum und unvollendet erschienenen Roman „Franziska Linkerhand“ einer realistischeren Schilderung des Alltags in der DDR.

Während Pitschmann seine Erfahrungen und heutige Sichtweise formuliert, sind dem Auszüge aus den Tagebüchern von Brigitte Reimann entgegengestellt, die das damalige Befinden des Ehepaares erkennen lassen. Dadurch wirken die Aufzeichnungen von Brigitte Reimann fast überspannt. Die Tagebuchauszüge werden von einer ruhigen Frauenstimme gelesen. Dies steht dem lebhaften und extremen Naturell von Brigitte Reimann geradezu befremdlich gegenüber.

Das Feature zerfällt in drei Teile.

Zunächst wird das Kennenlernen und die Beziehung thematisiert, im letzten Teil geht es fast ausschließlich um das Auseinanderbrechen der Ehe. Dazwischen stehen das Kombinat Schwarze Pumpe und die Kulturpolitik mit dem Bitterfelder Weg und dem sozialistischen Realismus.

Gegenüber den Tagebüchern hat das Feature den Vorzug, dass hier auch eine zweite Sichtweise zu Wort kommt, teilweise revidiert aufgrund des zeitlichen Abstandes. Durch die beim Hören der CD nicht erkennbaren Auslassungen von Aufzeichnungen der gedruckten Tagebücher entstehen aber einstweilen völlig andere Zusammenhänge. Der Hörer kann sie nur wahrnehmen, wenn er mit den schriftlichen Tagebuchaufzeichnungen vertraut ist. Das gesprochene Wort hat zweifellos auch seinen Reiz, und so hat man nach dem Hören der CD das Bedürfnis, zu den Tagebüchern zu greifen und anhand der authentischen Quelle zumindest die Aufzeichnungen der Reimann nachzulesen.

☞ Angela Ullmann, Hauptstaatsarchiv Dresden

Verwaltungsmodernisierung als Prozess. Projekt- und personalorientiertes Änderungsmanagement, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung, Eschborn 1999, brosch., 56 Seiten, ISBN 3-931193-24-1.

Zielgruppe dieses AWW-Heftes sind die Träger von Modernisierungsprozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung.

In relativ abstrakter Weise wird für „Änderungsdenken“ und „Änderungsverhalten“ innerhalb der Verwaltung geworben und dabei auch das Spannungsverhältnis zwischen Stabilitätsdenken und Reformzielen beschrieben.

Als Erfolgsfaktor für das Gelingen einer Reform wird die Erarbeitung eines Leitbildes ebenso gewürdigt wie eine offene Informationspolitik und die Gewährung von Mitwirkungsmöglichkeiten bei Planung und Umsetzung durch die Mitarbeiter selbst. Das Initiieren von Veränderungsprozessen muss mit der Feststellung des Veränderungsbedarfes beginnen und erfordert auch ein Eingehen auf die Emotionen der betroffenen Mitarbeiter.

Insgesamt bewegen sich die Überlegungen der Veröffentlichung auf einer sehr einfachen Ebene. Konkrete Ergebnisse sucht man vergebens. Manches wirkt zudem ein wenig zu selbstverständlich, z. B. wenn es hinsichtlich der Hinzuziehung von Beratern beim Planen von Reformen heißt: „Nicht jeder Berater ist gleich gut für einen Auftrag geeignet“ (S. 36).

☞ Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern

Qualitätsmanagement in der Praxis. Nachhaltigkeit von Veränderungsprozessen, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung, Eschborn 1999, brosch., 36 Seiten, ISBN 3-91193-25-X.

Die Veröffentlichung zeigt die Praxis. Der Leser erfährt Ergebnisse und Erfolge von Veränderungsprozessen innerhalb der Verwaltung. Am Beispiel der Landeshauptstadt Saarbrücken, der Bezirksregierung Lüneburg und des Bundesverwaltungsamtes

werden Veränderungsziele, Methoden und Ergebnisse skizziert.

Dabei gibt es deutliche Unterschiede. Das Saarbrücker Beispiel des Total Quality Management stimmt den Leser eher kritisch – insbesondere hinsichtlich der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Besonders interessant hinsichtlich der erfolgreichen Realisierung von Veränderungen ist das Lüneburger Modell. Es basiert auf der Methode eines sogenannten kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. Ein wichtiger Akteur sind dabei die Mitarbeiter selbst, die aus ihrer Verwaltungskennntnis aufgefordert sind, Veränderungsvorschläge zu entwickeln. Sie werden von Projektteams geprüft. Über ihre weitere Realisierung entscheidet eine Lenkungsgruppe. Die umgesetzten Reformen werden nach einer bestimmten Zeit evaluiert und ggf. modifiziert.

Innovativ ist auch das Veränderungsmanagement des Bundesverwaltungsamtes. Das Konzept zeigt, Verwaltungsreform will vor allem auch das Bewusstsein der Mitarbeiter verändern.

Investitionen für eine entsprechende Aus- und Fortbildung flankieren die erfolgreiche Umsetzung von Veränderungen.

✉ *Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern*

Sachsen und Polen zwischen 1697 und 1765. Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz vom 26. bis 28. Juni 1997 in Dresden, hrsg. vom Verein für sächsische Landesgeschichte e. V., [Saxonia, Bd. 4/5], Dresden 1998, brosch., 480 Seiten, ISSN 1437-0433.

Der mit fast 500 Seiten bisher umfangreichste erste Doppelband der Schriftenreihe des Vereins für sächsische Landesgeschichte enthält 35 Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz „Sachsen und Polen zwischen 1697 und 1765“. Ergänzt wird die vorliegende Publikation durch ein Grußwort des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst sowie durch ein für Protokollbände dieses Umfangs stets hilfreiches Personen- und Ortsregister.

Die Periode der sächsisch-polnischen Union, häufig auch als augusteische Zeit bezeichnet, ist Gegenstand aller Aufsätze deutscher und ausländischer Fachwissenschaftler, darunter auch einiger in und außer Dienst stehender sächsischer Staatsarchivare. An dieser Stelle ist eine inhaltliche Vertiefung angesichts des breiten Themenspektrums von politischer Geschichte über die Sozial-, Wirtschafts- und Kirchengeschichte bis hin zur Kunst- und Kulturgeschichte nicht möglich. Dem an sächsischer Geschichte und an diesem ereignisreichen Zeitabschnitt Interessierten sei der Band ausdrücklich empfohlen – findet er neben zahlreichen Sachinformationen doch auch den wohl aktuellsten Stand der Geschichtsforschung und -schreibung auf diesem Gebiet. Dabei beschränken sich die Beiträge nicht allein auf Sachsen und Polen, sondern beleuchten auch die Verbindungen zum Vatikan und zu den benachbarten Mächten Rußland, Schweden, Österreich und Bayern. Zwei Aufsätze widmen sich zudem speziell den Juden in Polen. Vor allem in den fünf Plenarvorträgen werden unterschiedliche Sichtweisen auf die sächsisch-polnische Union deutlich.

So weist Karlheinz Blaschke einmal mehr auf die Notwendigkeit einer Neubewertung dieses Abschnittes hin. Schon im gewählten Thema seines Beitrages „Albertinische Wettiner als Könige von Polen – ein Irrweg sächsischer Geschichte“ macht er keinen Hehl aus seiner Auffassung, dass Sachsen in diesen 66 Jahren eher Schaden als Nutzen aus der unheilvollen, dem Größenwahn eines geltungshungrigen Fürsten entsprungenen Union entstanden sei. Zu sehr hätten in der bisherigen Betrachtung kunstgeschichtliche Gesichtspunkte dominiert, ohne jedoch die Kehrseite von Prunk und Glanz ausreichend zur Kenntnis zu nehmen. Besonders August der Starke kommt bei Blaschke schlecht weg, sieht er doch in ihm einen krankhaft ehrgeizigen, maßlos verschwenderischen und staatsmännisch wenig gebildeten Fürsten, der die Geschicke seines Kronlandes Sachsen sträflich missachtete.

In dieser Frage wird in der sächsischen Landesgeschichte seit längerem ein „Historikerstreit“ ausgetragen.

Während Reiner Groß stärker differenzierend wertet und Positives wie Negatives der sächsisch-polnischen Verbindung benennt, betont Jacek Staszewski eher positive Impulse einer „sanften Herrschaft“ für die wirtschaftliche Entwicklung, z. B. für Handel, Manufakturen, Straßenbau und Post wie für die Lebensverhältnisse aller Schichten.

Wieland Held dagegen weist in seinem Beitrag, der sich auf die Auswertung zahlreicher Landtagsakten im Hauptstaatsarchiv Dresden stützt, recht deutlich nach, wie massiv und permanent der Kurfürst-König bereits in den ersten Jahren der Union aus Sachsen horrend Summen herauspresste und damit einen Dauerkonflikt mit den Landständen vom Adel bis zu den Städten auslöste.

Reiner Pommerin und Josef Matzerath differenzieren deutlich, indem sie Friedrich August I. stärker aus der Zeitperspektive betrachten und in den Kontext zu repräsentativer Hofhaltung und Machtstreben an allen größeren Höfen Europas im 17. und 18. Jh. stellen.

Nicht alle Geschehnisse, Beweg- und Hintergründe dieser Periode lassen sich heute allein anhand ihrer künstlerischen, architektonischen und vor allem schriftlichen Hinterlassenschaft genau rekonstruieren. Dies gelingt nicht einmal der zusätzlich auf Zeitzeugen und neue Medien bauenden Geschichtsschreibung vollständig.

☞ *Dr. Gerald Kolditz, Staatsministerium des Innern*

Marcel Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945-1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Stuttgart 1998, brosch., 254 Seiten, Steiner-Verlag, ISBN 3-515-07237-3.

Marcel Boldorf kommt in seiner Mannheimer Dissertation zum Ergebnis, dass die SBZ/DDR keine neuen Modelle in der Fürsorgepolitik entwickelte, sondern vielmehr

an die repressiven Traditionen der Armenfürsorge des 19. Jahrhunderts anknüpfte.

So wurde das in der Weimarer Republik aufgebaute System der beruflich organisierten Sozialarbeit aufgegeben. Wie beim in der Kaiserzeit entwickelten Elberfeldersystem wurden in der SBZ ehrenamtlich besetzte Einrichtungen gebildet. Die sogenannten Sozialkommissionen wurden überwiegend mit Frauen besetzt, die vor Ort die Bedürftigkeit prüften. Zugleich gelang eine optimale Erfassung und Kontrolle des entsprechenden Bevölkerungsteils.

Charakteristisch ist auch die Zentralisierung und Vereinheitlichung der Leistungen, d. h. es gab einheitliche Richtsätze und damit keine Differenzierung zwischen Stadt und Land.

Die Sozialfürsorge in der SBZ/DDR zielte darauf, sozial Bedürftige in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Gleichzeitig zeigt sich eine überraschende Kontinuität zum Dritten Reich durch die Diskriminierung der Sozialfürsorge, wobei besonders auffallend ist, dass, wie die Aktenüberlieferung zeigt, an den Asozialen-Begriff der NS-Zeit angeknüpft wird.

Armut war ein Massenphänomen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Dies galt auch für die SBZ. Von dieser Armut besonders betroffen waren auch die Vertriebenen. Zwischen 1946 und 1948 nahm Sachsen ca. 1 Million Flüchtlinge auf, besonders zahlreich im Stadtkreis Görlitz wegen seiner relativ geringen Kriegszerstörung, aber auch in den Landkreisen Dippoldiswalde und Freiberg. Gerade in diesen Gebieten waren viele Flüchtlinge auf die Sozialfürsorge angewiesen. In den Kreisen Aue, Auerbach und Annaberg, Hoyerswerda, Weißwasser und Zittau gelang die Integration in den Arbeitsprozess sehr viel einfacher, so dass der Anteil der Fürsorgeempfänger hier deutlich geringer war.

Die Studie von Boldorf basiert auf gedruckten Quellen sowie auf Beständen des Bundesarchivs.

☞ *Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern*

Thomas Martin, „Und nichts war uns geblieben“. Der Weg der Freitaler Stahlindustrie GmbH zum Volkseigenen Betrieb (1945-1948) Stuttgart 1997, Steiner-Verlag, brosch., 235 Seiten, ISBN 3-515-07050-8.

Die vorzustellende Magisterarbeit schildert den Versuch, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Freitaler Stahlindustrie GmbH eine zivile Produktion aufzubauen. Der Betrieb sollte als Rüstungsunternehmen vollständig zerstört werden. Es war das Verdienst des Betriebsleiters Johannes Vogler durch Aus- und Neugründung der Mechanischen Werkstätten Freital einen Reparaturbetrieb für Eisenbahnwaggons aufzubauen und so wenigstens einen Teil der Produktionsmittel und Arbeitsplätze zu retten.

Martin stellt Voglers Kampf mit den bürokratischen Hemmnissen dar, die die Besatzungsmacht, die Landesverwaltung Sachsen und die sich bildende Deutsche Zentralverwaltung der Industrie seiner unternehmerischen Initiative entgegenstellten.

Die von Vogler selbst betriebene Überführung des Betriebs in Volkseigentum wertet Martin als Konsequenz des Drucks auf den privaten Wirtschaftssektor und als rationale unternehmerische Entscheidung. Inkompetenz der Verantwortlichen und der Versuch, das sowjetische Muster auf die deutsche Wirtschaft zu übertragen, sind nach Martins Überzeugung sowohl für die Probleme der Anfangszeit als auch für die Misswirtschaft der späteren DDR verantwortlich.

Neben Archivalien des Bundesarchivs und des Hauptstaatsarchivs Dresden wurden Aufzeichnungen Voglers und mehrere Interviews einbezogen.

Die Arbeit zeigt gravierende handwerkliche Mängel: Zitate sind uneinheitlich oder ohne Quellenangabe wiedergegeben. Historische Ereignisse schildert Martin grundsätzlich im Präsens, so dass man Schwierigkeiten hat, zwischen Darstellung und Analyse zu unterscheiden. Die Gliederung ist wegen des ständigen Wechsels der Ebenen verworren, grammatikalische und sprachliche Mängel sind offensichtlich. Unerträglich ist die fehlende

wissenschaftliche Distanz Martins: „Die Weichen sind gestellt, was nicht sein darf, getilgt, die Maske ist gefallen ... der nächste Abschnitt totalitärer Zukunft kann beginnen“ (S. 94). Das Recht auf eine solche Polemik würde man einem Zeitgenossen der geschilderten Ereignisse zubilligen. Einem angehenden Historiker wird nahegelegt, im Sinne von Tacitus ohne Zorn und Eifer zu schreiben.

Dr. Uwe Grandke, Bergarchiv Freiberg

Nichtstaatliche und audiovisuelle Überlieferung. Gefährdung und Lösungswege zur Sicherung. Hrsg. von Robert Kretzschmar, Edgar Lersch, Eckhard Lange und Dieter Kerber [Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Heft 8], Stuttgart 1997, brosch., 174 Seiten, ISBN 3-17-014848-6.

Der Tagungsband der 43. Fachtagung rheinland-pfälzischer und saarländischer Archivare (23.4.1996 in Rastatt) hinterlässt beim Rezensenten, um es gleich vorwegzunehmen, gemischte Gefühle. Eigentlich sind es zwei Tagungen zu zwei verschiedenen Themen: die Vormittagssitzung unter dem Titel „Gefährdungen nichtstaatlichen Archivguts und Lösungswege zur Sicherung“ und die Nachmittagssitzung unter dem Titel „Sicherung und Zugänglichkeit des nichtstaatlichen audiovisuellen Archivguts“. Es wird leider kaum versucht, die im Vorwort erwähnte Absicht, „die Problematik der Archivierung audiovisueller Unterlagen in den weiteren Kontext der Sicherung und Zugänglichmachung gefährdeter Überlieferungen im nichtstaatlichen Kontext zu stellen“ (S. 9).

Der erste Teil behandelt die Bandbreite von Adels-, Wirtschafts-, Familien-, Vereins- und Kommunalarchiven unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zu staatlichen Archiven. Auf 66 Seiten und in 5 Vorträgen kann dieses Thema trotz so ausgewiesener Fachleute wie Winfried Schöntag und Norbert Reimann als Referenten nur angerissen werden. Es tritt klar

zutage, dass die oft historisch bedingten unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Bundesländern es sehr schwer machen, Erfahrungen eines anderen Bundeslandes zu nutzen. Gerade die Differenz zwischen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wird sehr deutlich.

Die drei Referate der Nachmittagssitzung von Wolfgang Hempel, Friedrich P. Kahlenberg und Robert Kretschmar beschränken sich auf ein weit enger gefasstes Thema. Es kommt klar zum Ausdruck, dass eine Reihe von rechtlichen Fragen gelöst werden muss, um die Sicherung audiovisuellen Archivguts unterschiedlichster Provenienz wirkungsvoll voranzutreiben. Hier spielen wiederum die differenzierenden Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle. Die Bereiche Hörfunk, private Rundfunkanstalten und Digitalisierung von audiovisuellen Medien werden nur sehr kurz angerissen. Diese Themen dürfen bei der weiteren Diskussion nicht außer Acht gelassen werden. Mehr als ein Drittel des Bandes machen die Materialien zu den beiden Sitzungen aus. Etwas mehr Beschränkung gerade bei den Unterlagen zur Vormittagssitzung wäre vorteilhaft gewesen; Landesverfassungen und Archivgesetze sind fast in jeder gutsortierten (Dienst-) Bibliothek greifbar.

 Dr. Lutz Sartor, Staatsarchiv Chemnitz

Immanuel Geiss: Zukunft als Geschichte. Historisch-politische Analysen und Prognosen zum Untergang des Sowjetkommunismus, 1980-1991 [Historische Mitteilungen, Beiheft 30], Stuttgart 1998, brosch., 309 Seiten, ISBN 3-515-07-223-3.

Das zu rezensierende Buch enthält Briefe, Aufsätze und Prognosen des Bremer Historikers Immanuel Geiss aus den Jahren 1980 und 1991. Einige Beiträge waren bisher unveröffentlicht, andere an entlegener Stelle bereits gedruckt. Sie beschäftigen sich mit der polnischen Krise 1980/1981, mit der Agonie der Sowjetunion und mit der Wende in der DDR 1989/1990. Die Beiträge werden umrahmt von theoretischen Gedanken Geiss' zur Prognosefähigkeit der Ge-

schichtswissenschaft, die er in wütenden, abstoßend wirkenden Ausfällen auf die Vertreter der sogenannten „Kritischen Geschichtswissenschaft“ (allen voran Jürgen Habermas, Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Kocka und die Brüder Hans und Wolfgang Mommsen) richtet. Sein gebetsmühlenartig wiederholter Vorwurf, diese hätten – insbesondere im Historikerstreit der frühen 1980er Jahre – aus ideologischer Verblendung die offensichtlichen Anzeichen der Krise des Kommunismus nicht gesehen, fordert geradezu heraus, seine Analysen auf ihre Wissenschaftlichkeit zu untersuchen. Dabei ist allerdings nicht (nur) das Eintreffen der einen oder der anderen Vorhersage Qualitätsmaßstab einer wissenschaftlichen Prognose, sondern (vor allem) die Öffentlichkeit und Nachvollziehbarkeit des zur Prognose führenden Erkenntnisweges.

Die Quellenbasis, auf deren Grundlage die Geiss'schen Thesen entstanden, wird insbesondere bei seiner Analyse der Situation in Polen in den Jahren 1980/1981 deutlich: Geiss geht von der These aus, eine wissenschaftliche Beobachtung und Analyse des politischen Systems der Volksrepublik Polen sei wegen der Zensur nicht möglich. Unabhängig davon, dass man auch Tageszeitungen, Statistische Jahrbücher und andere amtliche Quellen wissenschaftlich analysieren und anders als von den Herausgebern beabsichtigt interpretieren kann, hatten sich die katholische Kirche und auch die Historikerverunft in Polen in den siebziger und achtziger Jahren Freiräume geschaffen, die eine für den Ostblock untypische Vielfalt – auch der veröffentlichten – Meinung zuließen. Außerdem bestand eine umfangreiche Publikationstätigkeit des polnischen „Samsidat“ (illegal im Selbstverlag erschienene Literatur) sowie der Emigration. Es gab also durchaus Quellen, auf die politikwissenschaftliche Studien aufbauen konnten, und es standen bereits Mitte der 1980er Jahre genauere Analysen der Ereignisse in Polen, die im Gegensatz zu Geiss' subjektiven Eindrücken wissenschaftlich nachprüfbar waren, zur Verfügung (erinnert

sei an die 1986 erschienene Habilitationsarbeit von Klaus Ziemer „Polens Weg in die Krise“).

Geiss bevorzugt dagegen das Denken in welthistorischen Maßstäben: Assyrer und Babylonier, Katholizismus und Orthodoxie, Welfen und Staufer, Rom und Karthago, das reiche Athen und das kriegerische Sparta zieht er ständig als Parallelen oder Grundlagen der Teilung Europas nach 1945 heran. Eine weltgeschichtliche Perspektive ist nicht an sich unwissenschaftlich, aber als Hauptinstrument einer wissenschaftlichen Analyse eben nicht ausreichend, zumal die oben aufgeführten Quellen zugänglich waren. Geiss' Prognosen wirken daher journalistisch. Sie sind nicht langfristig angelegt, sondern jeweils zum Höhepunkt krisenhafter Zuspitzungen entstanden.

Als Reiseberichte eines wachen und aufmerksamen Historikers verfasst, lesen sich die Texte, wenn man von ständig gleichen Bildern und Formulierungen absieht, teilweise sogar spannend.

Der sogenannte theoretische Teil des Buchs mit den Angriffen dieses zornigen alten Mannes auf andere zornige alte Männer wirkt dagegen auf die Generation des Rezensenten eher peinlich. Er zählt das Buch zu Büchern, die man nicht unbedingt gelesen haben muss.

 Dr. Uwe Grandke, Bergarchiv Freiberg

Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945-1961. Eine biografische Dokumentation, hrsg. v. Günter Buchstab. Bearb. v. Brigitte Kaff und Franz-Josef Kos. Droste Verlag, Düsseldorf 1998, brosch., 559 Seiten, ISBN 3-7700-1086-8.

Ziel der vorliegenden Publikation ist es, die politische Verfolgung Christlicher Demokraten in der SBZ/DDR von 1945 bis zum Mauerbau am 12. August 1961 zu dokumentieren. Der Begriff der politischen Verfolgung wird dabei sehr eng als strafrechtliche Verfolgung einer politisch oder weltanschaulich begründeten Gegnerschaft gegen-

über dem Herrschafts- und Gesellschaftssystem der SED definiert. Unberücksichtigt blieben Fälle, bei denen eine kriminelle Straftat vorlag, aber unklar war, ob sie wirklich begangen oder die Anklage aus politischen Gründen lanciert wurde.

Diese umsichtige Definition der strafrechtlichen Verfolgung aus politischen Gründen macht die vorliegende Dokumentation über jeden Zweifel erhaben.

Zu Anfang stellen die Bearbeiter kurz die Struktur der sowjetischen Militärgerichte und der Justiz in der DDR dar und beschreiben die einzelnen Verfolgungswellen gegen CDU-Mitglieder, u. a. die Massenverhaftungen im Herbst 1947 von Studenten und CDU-Jugendvertretern, nachdem bei den ersten Studentenratswahlen, so auch in Leipzig, CDU-Mitglieder oder der Union nahestehende Verbände sehr gut abgeschnitten hatten. Eine weitere Aktion richtete sich 1948/49 gegen Anhänger von Jakob Kaiser sowie gegen CDU-Mitglieder in den einzelnen Ländern, insbesondere in Thüringen 1952/53 und gegen Mitarbeiter des von Kaiser in Berlin eingerichteten Ost-Büros der CDU sowie die Verhaftungsaktion im sächsischen Marienberg 1958.

Im Mittelpunkt stehen die Kurzbiografien der Verfolgten, eingeteilt in drei Gruppen. Die größte bilden jene 1.135 CDU-Mitglieder, die wegen ihres politischen Engagements strafrechtlich verfolgt und zu langjährigen Haftstrafen oder gar zum Tode verurteilt wurden, daneben stehen 737 CDU-Mitglieder, die meist nur vorübergehend in Haft waren. Dazu kommen 311 Männer und Frauen, die der CDU oder ihrer Organisationen nahestanden. Die Kurzbiografien umfassen den Namen, Geburtsort, Wohnsitz, Funktion innerhalb der CDU und Beschreibung des strafrechtlich verfolgten politischen Engagements.

Quellengrundlage für die biografische Dokumentation ist die im Archiv für Christlich-Demokratische-Politik in St. Augustin bei Bonn archivierte Flüchtlingskartei der CDU, die vom Deutschland- bzw. Ostbüro der Exil-CDU in Berlin angelegt wurde.

Ein Orts- und Personenregister ermöglicht gezielte Recherchen.

Der vorliegenden Veröffentlichung ist eine breite Leserschaft zu wünschen, da sie die politische Verfolgung der CDU in den ersten Nachkriegsjahren ebenso eindrucksvoll wie unwiderlegbar veranschaulicht. Sie richtet sich nicht nur an den Historiker, sondern an die breite Öffentlichkeit.

☞ *Dr. Hans-Christian Herrmann, Staatsministerium des Innern*

Archive und neue Medien. Der Sammlungsauftrag der Archive. 5. Bayerisch-Sächsisches Archivarstreffen. 20.-22. März 1998 in Regensburg. Vorträge, hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. München 1999, brosch., 67 Seiten, ISBN 3-921635-47-0.

In dem Tagungsband des 5. Bayerisch-Sächsischen Archivarstreffens, das vom 20. bis 22. März in Regensburg veranstaltet wurde, sind alle Beiträge, z. T. überarbeitet, zusammengefasst. Die Publikation wird durch ein Inhaltsverzeichnis erschlossen, ergänzt durch das am Ende abgedruckte Programm und das Teilnehmerverzeichnis.

Themen des Archivarstreffens waren, wie aus dem Titel zu entnehmen, „Archive und neue Medien“ und „Der Sammlungsauftrag der Archive“. Die Tagung nahm sich somit zweier Themen an, die wie Hermann Rumschöttel in seiner Eröffnung betonte, „nur scheinbar unverbunden nebeneinander stehen“ (S. 6). Gemeinsam ist ihnen die Frage, wie es den Archiven zukünftig möglich sein soll, für die interessierte Öffentlichkeit eine „authentische und vollständige archivalische Überlieferung“ (S. 6) vorzuhalten.

Die erste Arbeitssitzung „Archive und neue Medien“ ging der Frage nach, wie elektronisch gespeicherte Informationen bei immer knapperen finanziellen Ressourcen langfristig gespeichert und für den Benutzer bereitgestellt werden können. Die Beiträge von Karl-Ernst Lupprian, Thekla Kluttig und Birgit Horn schärfen das Problembewusstsein für elektronische Schriftgutverwaltungs- und Vorgangsbearbeitungssys-

teme. Konsens besteht in der Forderung an die Verwaltung, die Archive vor der Einführung derartiger Systeme einzubeziehen, nicht nur um Funktionen für die Bewertung und anschließende Übernahme in das Archiv zu berücksichtigen, sondern auch um Einheitlichkeit der Systeme innerhalb der Verwaltung zu gewährleisten. Es schließt sich der Vortrag von Herbert W. Wurster an, der anhand der Planung, Erprobung und Umsetzung der genealogischen Datenbank der Diözese Passau den vorteilhaften Einsatz der EDV für eine bessere Benutzbarkeit des Archivs vorstellt. Den Beitrag von Johann Rösch „Das Stadtarchiv Regensburg und die neuen Medien“, der laut Programm nun folgen müsste, sucht man im vorliegenden Tagungsband vergebens.

Die zweite Arbeitssitzung „Der Sammlungsauftrag der Archive“, sollte sich laut Rumschöttel mit der Notwendigkeit von Sammlungen „angesichts der verschwindenden Aussagekraft des Verwaltungsschriftguts, der Verlagerung von Zuständigkeiten aus dem öffentlichen in den privaten Bereich [und] zunehmender Bedeutung gesellschaftlicher, nichtstaatlicher Aktivitäten“ (S. 6) beschäftigen. Zu dem Thema referierten Gudrun Dudek, Paul M. Peucker, Monsignore Paul Mai und Martin Dallmeier. M. E. kommen die Referenten dem Auftrag nur bedingt nach. Zum großen Teil werden die verschiedenen Sammlungen ähnlich wie in einer Beständeübersicht dargestellt. Unter den Beiträgen ist der von Gudrun Dudek hervorzuheben. Einleitend zum Vergleich der Stadtarchive Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen definiert sie anhand der Archivgesetze und -satzungen den Begriff „Sammlung“ und findet darüber eine Begründung für die Sammlungstätigkeit der Archive.

☞ *Yvonne Gerlach, Staatsministerium des Innern*

Wir sind für Sie da:

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Referat 64 – Archivwesen

Wilhelm-Buck-Straße 2

01097 Dresden

Telefon (03 51) 5 64 36 46

Telefax (03 51) 5 64 36 09

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden

Archivstraße 14

01097 Dresden

Telefon (03 51) 8 00 60

Telefax (03 51) 8 02 12 74

Sächsisches Staatsarchiv Leipzig

Schongauerstraße 1

04329 Leipzig

Telefon (03 41) 2 55 55 00

Telefax (03 41) 2 55 55 55

Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz

Schulstraße 38

09125 Chemnitz

Telefon (03 71) 5 22 80

Telefax (03 71) 5 22 82 22

Sächsisches Bergarchiv Freiberg

Kirchgasse 11

09599 Freiberg

Telefon (0 37 31) 37 22 52

Telefax (0 37 31) 45 97 58